

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 2,50 M. Im voraus zahlbar, Postbezug 4,32 M. einschließlich 60 Pf. Postzeitung 90- und 72 Pf. Postbeleggebühren. Zustandsabonnements 6.- M. pro Monat; für Überbringer mit ermäßigtem Druckersporto 5.- M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Feiertags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“ illustrierte Beilage „Welt und Zeit“. Ferner „Frauentimme“, „Taktik“, „Bild in die Arbeiterwelt“, „Jugend-Vorwärts“ u. „Stahlbeilage“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Groß-Berlin 10 Pf. Auswärts 15 Pf.

Die einzigeil. Kampfbroschüre 40 Pf. Kellernzeile 5.- M. „Klein-Anzeigen“ das letzte Heft 25 Pf. gültig für zwei Heftdrucke. Jedes weitere Heft 12 Pf. Rabatt 10. Teil. Stielangelegenheit das erste Heft 15 Pf. jedes weitere Heft 10 Pf. Worte über 13 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pf. Familienanzeigen Seite 40 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentags von 9/1 bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmigter Anzeigen vor!

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Hemlpr.: Dönhoff (A 7) 92-97, Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3, Dt. B. u. Disz.-Ges., Depositenk., Jerusalemstr. 63/66.

Ergebnis: Stillhaltekonfortium.

Londoner Konferenz praktisch zu Ende. — Banken sollen keine deutschen Kredite mehr kündigen.

V. Sch. London, 22. Juli. (Eigenbericht.)

Die Londoner Konferenz ist praktisch bereits zu Ende. Die heutige Nachmittags-Sitzung der Finanzminister mit Reichstanzler Brüning hat mit der einstimmigen Annahme des Berichtes geendet, der morgen in einer Schlußsitzung dem Plenum unterbreitet und von ihm gutgeheißen werden wird.

Dieser Bericht wird an positiven Maßnahmen zweierlei enthalten: 1. Bildung eines

Stillhaltekonfortiums aller ausländischen Banken, die in Deutschland kurzfristige Kredite investiert haben.

Sie sollen sich verpflichten, keine weiteren Zurückziehungen vorzunehmen. 2. Der internationale Rediskont-Kredit in Höhe von 100 Millionen Dollar, der am 16. Juli fällig war und von der Bank für internationalen Zahlungsausgleich bis zum 16. August verlängert wurde, wird abermals vorläufig um drei Monate verlängert werden.

Das ist aber auch alles. Es ist insofern nicht wenig, als die deutsche Wirtschaft von dem Alpdruck befreit wird, daß sie infolge weiterer Zurückziehung von Krediten langsam verbluten könnte. Ist es aber auch genügend? Das ist die andere große Frage. Deutschland kehrt aus London ohne neues Geld zurück, weder in der Form eines Anleiheversprechens noch in der Form von neuen Krediten.

Die Anleihe wäre nur gegen politische Zusicherungen zu haben gewesen. Deutschland hat in Paris ein Eingehen auf die französischen Wünsche nach dieser Richtung hin stratt abgelehnt. Es hat diese Linie auch in London streng eingehalten. Das Resultat ist, daß es keine Anleihe erhält. Es hat sie auch gar nicht beantragt, eben um der sonst unvermeidlichen politischen Auseinandersetzung vorzubeugen.

Wenn nicht in der morgigen Schlußsitzung irgendeine unvorhergesehene Wendung eintreift, wird in dem abschließenden Konferenzbericht

auch nicht von neuen Krediten

die Rede sein. Bis heute nachmittag schien es, als ob solche Kredite von anglo-amerikanischer Seite in naher Aussicht ständen. Man sprach von etwa 600 Millionen Mark. Das wäre zwar nicht viel, aber immerhin, es entspräche einem Teile von dem, was in den letzten Wochen aus Deutschland abgezogen wurde. Doch war dann heute auch davon nicht die Rede. Vielleicht taucht diese Frage demnächst wieder auf. Möglicherweise will man erst abwarten, wie sich die Notverordnungen auswirken. Anscheinend sollen die internationalen Finanziers, die auf Grund einer deutschen Anregung durch die Londoner Konferenz gebeten werden, die Lage Deutschlands in der nächsten Zeit an Ort und Stelle zu untersuchen, ein Gutachten darüber abgeben, ob Deutschland überhaupt neue Kredite braucht und in welcher Höhe.

In deutschen Delegationkreisen ist man jedenfalls mit dem Ergebnis dieser Konferenz keineswegs unzufrieden.

Man betont noch wie vor, daß die französischen Delegierten durchaus freundlich und positiv an den Londoner Beschlüssen mitgewirkt haben. Indessen ist man in anglo-amerikanischen Kreisen über diese Zufriedenheit der Deutschen nicht wenig verwundert. Noch erstaunter ist man in französischen Kreisen über die Selbstbescheidung der Deutschen. Brüning soll am Schluß der heutigen Komiteesitzung dem französischen Finanzminister Flandin für seine logale Mitwirkung an den Beschlüssen lebhaft gedankt haben. Das Ersinnen im französischen Lager über diese Ehrung durch Brüning entbehrt nicht einer gewissen Komik.

Mit blankem Schilde wird also der Reichstanzler aus Paris und aus London am Freitagnachmittag zurückkehren. Hinsichtlich neuer Kredite kehrt er dafür allerdings ebenfalls „blank“ zurück. Es ist möglich, daß er recht behält. Vielleicht erweist sich

die psychologische Wirkung des Stillhaltebeschlusses in Verbindung mit den Notverordnungen als so stark, daß Deutschland auch ohne neues Geld über die Krise hinwegkommt.

Wenn sich diese Erwartung erfüllt, dann ist das ein großer Erfolg der Reichsregierung. Im Interesse Deutschlands kann man nur aufrichtig wünschen, daß sich die Zuversicht der deutschen Delegation als berechtigt erweist. Andernfalls würde sich für alle Beteiligten alsbald die Notwendigkeit ergeben, neue Beschlüsse zu fassen.

Wahrscheinlich werden MacDonald und Henderson und vielleicht auch der amerikanische Außenminister Stimson zusammen mit der deutschen Delegation aus London nach Berlin fahren, um ihren aufgeschobenen Besuch nachzuholen.

Amerika und die Reparationen.

Deutsche Unterbilanz durch amerikanische Anleihen bezahlt.

London, 22. Juli.

Wie Reuter aus Washington meldet, werden die verhängnisvollen Folgen des Versuchs der Alliierten, während der Weltwirtschaftskrise Reparationen von Deutschland zu verlangen, durch die von dem amerikanischen Handelsdepartement veröffentlichten statistischen Angaben klar gezeigt. Daraus ergibt sich, daß für die am 31. Dezember 1930 beendete siebenjährige Periode die Handelsbilanz Deutschlands um 1 Milliarde 500 Millionen Dollars passiv gewesen sei, und daß dieser Staat während desselben Zeitraums 2 Milliarden 500 Millionen Dollars als Reparationen haben zahlen müssen. Um dies tun zu können, sei Deutschland gezwungen gewesen, 3 Milliarden 835 Millionen Dollars zu leihen.

„Schärfere Bankkontrolle durch Aktivierung der Reichsbank und ein Aktienrecht, das Versicherungen nicht so leicht macht, wie das geltende, und das die Aufsichtsräte zwingt, endlich Aufsicht zu üben:

Damit hätten wir bereits einen wesentlichen Fortschritt in der unumgänglichen Staatsaufsicht über die Wirtschaft.

Natürlich gibt es außer den genannten noch eine große Reihe weiterer akuter Schäden. Man braucht nur an die monopolistische Preispolitik mancher Kartelle und aller Truste zu denken.“

Das ist eine Kritik, die sich weitgehend mit unserer Kritik deckt. Was hier positiv gefordert wird, hat die Sozialdemokratie längst in fertigen Gesetzentwürfen verlangt. Es ist gut, daß die Notwendigkeit dieser Gesetzentwürfe jetzt breite Anerkennung findet, vor allem aber ist es nötig, daß die Entwürfe schleunigst Gesetz werden!

Verstaatlichung der Gruben!

Forderungen des britischen Bergarbeiter-Verbandes.

Blackpool, 22. Juli.

Auf der Konferenz des englischen Bergarbeiter-Verbandes wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, die von der Regierung die sofortige Einbringung eines Gesetzes zur Verstaatlichung der Gruben fordert.

Für den Fall der Ablehnung dieser Vorlage durch das Parlament wird die Regierung aufgefordert, die Verstaatlichung der Gruben zum Hauptpunkt ihres Wahlprogramms für die bevorstehenden Wahlen zu machen.

Hinter dem Stahlhelm!

Ei, ei, wer kommt denn da? Die SPD!

Bumbum trara, der Stahlhelm kommt. Er marschert unter schwarzweißroten Fahnen in Schritt und Tritt. Alles kräftige Gestalten, Jugend der deutschen Bourgeoisie und wohlgenährt. An der Spitze neben Seidle und Dufferberg die Hohenzollernprinzen, auf der Tribüne salutierend, winkend die kaiserlichen Generale und die Damen der hohen Aristokratie.

Gegen wen marschieren sie? Sie marschieren gegen das „marxistische Preußen“, sie marschieren gegen die Regierung Braun-Severing, sie marschieren gegen den Preussischen Landtag.

Bumbum trara! Braune Hemden und Hakenkreuze. Das sind die Hitler-Buben mit dem Faschistengruß. „Heil Hitler! Deutschland erwache! Juda verrecke!“

Gegen wen marschieren sie? Sie marschieren gegen Marxismus und Bolschewismus, gegen die Regierung Braun-Severing, gegen den Preussischen Landtag.

Und dann, dann kommt das Zivil. Die Deutsche nationale Volkspartei, voran in etwas wackelndem Schritt Herr Hugenberg, mit seiner neuesten Proklamation in der Tasche, einer Erklärung an Amerika:

„Die Rechte wird in kurzer Zeit berufen sein, die Regierung in Deutschland zu übernehmen. Sie erkennt die privatwirtschaftlichen Verpflichtungen an, die dem Auslande gegenüber eingegangen sind, sie lehnt es aber ab, die Kolosse des deutschen Volkes durch die weiteren Auswirkungen des Versailleser Vertrages noch vergrößern zu lassen. Gelingt es nicht, die heutige Finanzkrise zu einer Gesundungskrise werden zu lassen, dann haben wir in Deutschland den Bolschewismus. Es gibt nur ein Entweder — — Oder, entweder eine starke von den gesunden nationalen Kräften des Volkes getragene Regierung oder den Bolschewismus. Der Bolschewismus aber ist eine Pest, die an den Grenzen Deutschlands nicht halt macht.“

Es folgt der Reichslandbund. Er will den lüdenlosen Zolltarif. Er will Schluß mit Sozialpolitik und Sozialversicherung. Hilfe der notleidenden Landwirtschaft und Bettelstuppen für die Erwerbslosen. Auch er marschert gegen Marxismus und Bolschewismus, gegen Braun-Severing, für die Auflösung des Landtags.

Und dann kommen noch einige. Zum Beispiel der Christlichsoziale Volksdienst. Er hat soeben seinen Aufruf veröffentlicht; wir zitieren daraus die wichtigsten Stellen:

Die Regierung Braun-Severing hat nach jahrelanger Verschleppung erst unter dem Druck der wachsenden Empörung des evangelischen Volksteils den Staatsvertrag mit den evangelischen Kirchen abgeschlossen, zwei Jahre nach Abschluß des Konkordats mit der katholischen Bistumskirche! Sie hat die Schaffung eines auch die Rechte der evangelischen Elternschaft sichernden Reichsschulgesetzes verhindern lassen und statt dessen, entgegen dem geltenden Recht,

die Schaffung weltlicher, religionsloser Schulen gebuhlet und gefördert!

Ihre parteipolitisch einseitige Einstellung hat sie der Fähigkeit beraubt, die berechnete Wahrung der Autorität des heutigen Staates mit der Pflege der Ehrfurcht und des Verstandnisses für die geschichtlichen Leistungen und Gemütswerte des alten Staates zu verbinden.

Wer die Erneuerung des preussischen Volkes und Staates aus dem Geiste der Liebe zu Glaube und Heimat herbeiführen helfen will, der stimme am 9. August für die Auflösung des Preussischen Landtages!

Für ein Preußen, das dem Recht der christlichen Elternschaft auf die Bekenntnisschule zum Siege verhilft!

Die Wehrheit des sehigen Landtages hat für diese Forderungen kein Verständnis, deshalb stimmt am 9. August für die Auflösung des Landtages!

Sie alle marschieren gegen Marxismus und Bolschewismus, für Gott, König und Vaterland, gegen Braun und Severing, gegen das „rote“ Preußen — — —!

Bumbum trara — wer kommt da noch? Kann man noch seinen Augen und seinen Ohren trauen? Da kommt die rote Fahne mit dem Sowjetstern, da kommen die Schalmeienbläser der Weltrevolution. Da kommt Teddy Thälmann, General der Kavallerie, und Pief und Torgler und Münzberg mit „Heil Moskau!“ und „Rot Front!“

Sie marschieren hinter dem Stahlhelm, hinter den Hohenzollernprinzen, hinter den Hakenkreuzen, hinter Hugenberg und Hitler, hinter dem Reichslandbund und dem Christlich-

Den Scharfmachern ins Stammbuch!

Die Schuld der bankrotten Wirtschaftsführer. — Notwendige Staatseingriffe.

Die Ueberzeugung von der Schuld der bankrotten Wirtschaftsführer setzt sich im Volke immer stärker durch. Der Aufruf der Sozialdemokratischen Partei an das deutsche Volk hat vielen die Augen geöffnet. Alle Gegenpropaganda der Scharfmacher an der Ruhr vermag die Ausbreitung der Erkenntnis ihrer Schuld nicht zu verhindern.

Wir lesen im „Deutschen“ einen Aufsatz von Dr. Joseph Jahn, in dem es heißt:

„Aber erwiesene ist immerhin, daß eine auf sich selbst gestellte Privatwirtschaft in kritischen Tagen hilflos wird und nur durch das Einspringen der Staatshilfe gerettet werden kann. Freiheit der Wirtschaft, verstanden als Freiheit vom Staatseingriff, ist eine unmögliche Parole geworden. Auch die beliebte Ausrede, die gegenwärtigen Schwierigkeiten rührten von zuviel Staatseingriffen der Vergangenheit her, verfangt nicht. Denn alle Unternehmungen, die in diesen Wochen an den Rand der Pleite kamen, die Banken voran, sind nicht durch die berüchtigte „falsche Wirtschafts- und Sozialpolitik“ ins Gedränge geraten.“

fondern durch Dummelei und Erlichinn, zum Teil sogar durch kriminelles Verschulden ihrer Führer.

Außer den erlassenen Notverordnungen, die auf kurze Fristen abgestellt sind, muß eine Reform der privatwirtschaftlichen Methoden in Deutschland kommen (das Ausland, von dem wir Kredit wollen, verlangt es übrigens sehr dringend!); da sie kaum von selber kommt, muß Zwang eingesetzt.“

sozialen Volksdienst — gegen Braun und Severing, gegen die demokratische Republik, gegen die Sozialdemokratie!

Was aber werden die Arbeiter tun, die bisher den Kommunisten nachgelaufen sind? Das ist die große Frage. Vielleicht ist es in dieser Zeit grenzenloser Verwirrung falsch, sich zu sehr auf die Vernunft zu verlassen. Und gewiß ist dieser politische Karnevaleszug für den Volksentscheid am 9. August weiter nichts als der sinnfällige Ausdruck eines katastrophalen Geisteszustandes, in dem sich ein Teil des deutschen Volkes befindet. Trotzdem muß man sich fragen, ob den kommunistischen Arbeitern wirklich jeder Klasseninstinkt verloren gegangen ist, ob sie so bar jeder politischen Vernunft sein können, den selbstmörderischen Narrenstreich ihrer Führung mitzumachen?

Ueber die merkwürdigen Umstände, unter denen der kommunistische Beschluß zur Unterstützung der Stahlhelmaktion entstanden ist, wird in kommunistischen Kreisen selbst verschiedenes gemunkelt. So wird unter anderem behauptet, daß sich, trotz der gespannten Lage, die meisten kommunistischen Führer in der Sommerfrische befänden, so daß man es gewissermaßen mit der Leistung einer politischen Ferienvertretung zu tun habe. Der Beschluß soll seine Entstehung der Angst vor der Auflösung der Partei verdanken, als deren Vorbild man die Hausfuchung am Bülowplatz betrachtete. In der höchsten Not, in der man irrtümlicherweise sich zu befinden glaubte, flüchtete man unter das schützende Dach der demokratischen Staatsverfassung. Eine Partei, so kalkulierten man, die mitten in einer legalen Aktion, wie einer Volksabstimmung stehe, werde man nicht auflösen wagen.

Und so läuft jetzt die KPD. mit vollen Hosjen hinter dem Stahlhelm her! Werden die kommunistischen Arbeiter mitlaufen?

Die kommunistischen Arbeiter haben sich in einen sturen, stumpfen, blinden Haß gegen die Sozialdemokratie hineinstecken lassen, weil die Sozialdemokratie, dem Zwang der politischen Umstände folgend, Koalitionspolitik treibt. Was werden die kommunistischen Arbeiter dazu sagen, daß man jetzt sie selber als Koalitionsgenossen der Hugenberg, Hitler, Selbte und Düsterberg gegen ihre sozialdemokratischen Klassengenossen zu beugen versucht?

Es ist notwendig, daß jeder kommunistische Arbeiter in Haus und Betrieb vor diese Frage gestellt wird. Es ist notwendig, daß unsere Genossen die Defensive verlassen und zur Offensive übergehen. Es ist notwendig, daß jetzt abgerechnet wird mit jenen Schaumschlägern und Parolenschustern, die die Einheit der Arbeiterbewegung zerstört haben, um vor dem Faschismus zu kapitulieren!

Die Stahlhelmer von Jänickendorf.

Anklage wegen Körperverletzung erhoben.

Wir berichteten kürzlich von den Folgen eines Stahlhelmüberfalls auf Reichsbannerkameraden in Jänickendorf bei Fürstenwalde. Obwohl der Überfall der Stahlhelmer auf die Flugblätter verteilenden Reichsbannerleute einwandfrei festgestellt war, hatte die Staatsanwaltschaft in Frankfurt a. D. völlig unverständlichweise Anklage gegen die Reichsbannerkameraden wegen verbotener Flugblattverteilung erhoben. Wir hatten diese mehr als merkwürdige Maßnahme der Frankfurter Staatsanwaltschaft entsprechend gemeldet.

Wie jetzt die Justizpressestelle Berlin mitteilt, hat die Frankfurter Staatsanwaltschaft nunmehr gegen vier Teilnehmer der Stahlhelmkolonne Anklage wegen Körperverletzung und Nötigung erhoben, weil sie den Flugblattverteiler vom Reichsbanner gewalttätig die Flugblätter entrißen haben.

Wie die Justizpressestelle ferner mitteilt, wird das Verfahren gegen die Flugblattverteiler des Reichsbanners voraussichtlich eingestellt, weil sich im Laufe des Verfahrens herausgestellt hat, daß der Landrat die Verteilung genehmigt hatte. Das Ermittlungsverfahren war seinerzeit eingeleitet worden, weil der zuständige Amtsvorsteher zur Zeit der Nachfrage der Staatsanwaltschaft keine Kenntnis von der Genehmigung der Flugblattverteilung und die Frankfurter Staatsanwaltschaft entsprechend unterrichtet hatte.

Spazierstock als Hieb- und Stichwaffe.

Eine Entscheidung der Potsdamer Strafkammer.

Potsdam, 22. Juli. (Eigenbericht.)

Eine nicht ganz leichte Entscheidung lag heute der Potsdamer Strafkammer ob, als es festzustellen galt, ob ein Spazierstock im Sinne der Rotverordnung des Reichspräsidenten über das Mitführen von Hieb- und Stichwaffen als Waffe anzusehen ist.

Am 5. Februar d. J. hatten die Nationalsozialisten in einem Lokal in Bergholz bei Potsdam eine Versammlung einberufen, zu der eine Anzahl Kommunisten aus Rowawes erschienen waren. Sie führten sämtlich Spazierstöcke mit. Auf dem Rückweg wurden 3 Stahlhelmer mißhandelt, die Täter konnten aber nicht ermittelt werden. Die Polizei stellte aber von den Kommunisten etwa 10 Personen fest und nahm ihnen die Spazierstöcke fort. Die Kommunisten mußten sich wegen Vergehens gegen das Republiksschutzgesetz vor dem Potsdamer Schöffengericht verantworten, sämtliche Angeklagten wurden aber freigesprochen, weil das Gericht einen Spazierstock nicht als Waffe im Sinne der Verordnung ansah.

Der Staatsanwalt legte Berufung ein und die Strafkammer verurteilte neun Angeklagte zu je 3 Monaten und einen zu 6 Monaten Gefängnis, weil an seinem beschlagnahmten Spazierstock Menschenblut gefunden wurde, was evtl. von den mißhandelten Stahlhelmern herrühren könnte. In der Begründung führte der Vorsitzende aus, daß sich die Angeklagten parteipolitisch betätigen wollten und zu diesem Zweck die Verflämung der Nationalsozialisten auffuchten. Sie haben eine bestimmte Willensrichtung kundgetan, somit stelle das Mitführen von Spazierstöcken eine Gefährdung dar.

Diskonterhöhung in Wien.

Mit Rücksicht auf die gespannte Lage auf den internationalen Kreditmärkten hat die österreichische Nationalbank beschlossen, den Diskontsatz ab 23. Juli von 7½ auf 10 Proz. zu erhöhen.

3956000 Erwerbslose Mitte Juli.

Die Entlastung durch die Finanzwirren zum Stillstand gekommen.

Der Arbeitsmarkt im Reich ist in der ersten Julihälfte durch die finanziellen Wirren erheblich in Mitleidenschaft gezogen worden. Die Entlastung ist nahezu völlig zum Stillstand gekommen, und der gesamte Abgang von Erwerbslosen betrug nur 6000 Personen, womit sich die Gesamtzahl der Arbeitsuchenden in Deutschland am Stichtag des 15. Juli auf 3956000 Personen stellt. Zweifellos wären die Auswirkungen der vorhergehenden Zustände im deutschen Kreditwesen für den Arbeitsmarkt noch weit schlimmer gewesen, wenn nicht in der Berichtszeit ein gewisses Gegengewicht durch die Einstellung von 50000 Zeitarbeitern bei der Reichsbahn und durch eine kurzfristige Belegung bei den Stahl- und Walzwerken und im Maschinenbau durch größere ausländische Aufträge, in erster Linie durch die Abwicklung der sowjetrussischen Aufträge gegeben gewesen wäre.

Die Befürchtung liegt nahe, daß die Vorgänge der letzten Wochen sich in der Folgezeit schon vor dem Ende der Saison in einem Ansteigen der Arbeitslosigkeit fühlbar machen werden, so daß der jetzt erreichte Stand von immer noch fast vier Millionen Erwerbslosen als der tiefste Stand dieses schwarzen Jahres angesehen werden muß. Der ruhmreiche Zustand, in den das deutsche Kreditwesen geraten ist, hat die allerersten Keime einer leichten konjunkturellen Belebung, die sich hier und da bereits durchsetzt und die auch in der über das Saisonübliche hinausgehenden Entlastung des Arbeitsmarktes zum Ausdruck kam, restlos vernichtet. Daß der Tiefstand der Krise im Frühjahr überwunden und die Abwärtsbewegung der Konjunktur zum Stillstand gekommen war, drückt sich in einer Gegenüberstellung der Arbeitsmarktentlastung dieses Jahres mit der gleichen Zeit des Vorjahres aus. Die Abgänge auf dem Arbeitsmarkt betragen:

	1931	1930
bis 31. März	- 226 000	- 325 000
„ 30. April	- 360 000	- 254 000
„ 31. Mai	- 291 000	- 152 000
„ 30. Juni	- 91 000	+ 7 000
„ 15. Juli	- 6 000	+ 75 000

Es zeigt sich also, daß im vergangenen Jahre bereits im Juni

die Erwerbslosigkeit wieder leicht anstieg, und daß allein in der ersten Julihälfte ein Zuwachs von rund 75000 neuen Arbeitsuchenden zu verzeichnen war. Demgegenüber konnten trotz der ständig wachsenden Zuspitzung der Kreditverhältnisse der deutschen Wirtschaft in den Wochen vom 1. Juni bis 15. Juli d. J. immerhin noch fast 100000 Erwerbslose wieder in die Betriebe eingereiht werden. Allerdings lag der Höchststand der winterrlichen Erwerbslosigkeit um 1,6 Millionen höher als 1930, so daß die Entlastung unter Berücksichtigung dieser gewaltigen Ueberlagerung in diesem Jahr noch ein anderes Gesicht erhält. Es kommt hinzu, daß im Juni 1930 die Krise mit voller Wucht über das gesamte Wirtschaftsleben Deutschlands hereinbrach, deren von Monat zu Monat zunehmende Verschärfung sich in einem sprunghaften Anwachsen der Erwerbslosigkeit schon bis zum Herbst äußerte. Dieser Entwicklung entsprechend hat sich die Ueberlagerung auf dem Arbeitsmarkt, die im März 1,61 Millionen betrug, bis Mitte Juli auf 1,24 Millionen verringert.

Die scharfen Wirkungen der Notverordnung vom 5. Juni kommen in einem Rückgang der Hauptunterstützungspfähler um 166000 auf 1,24 Millionen Personen zum Ausdruck. Diese Massenaussteuerung ist dadurch hervorgerufen, daß auf Grund der genannten Notverordnung ein Teil der Ehefrauen, Jugendlichen und Rentenempfänger „wegen mangelnder Bedürftigkeit“ aus der Arbeitslosenversicherung ausgeschlossen sind. Außerdem sind aber auch zahlreiche Saisonarbeitslose aussteuert worden.

Ueber die Lage in den einzelnen Wirtschaftszweigen führt der Bericht der Reichsanstalt aus, daß im Steinkohlenbergbau noch nicht die geringste Besserung festzustellen sei. An der Ruhr sind neue Entlassungen zu Ende dieses Monats ausgesprochen worden. Im Braunkohlenbergbau hielt die Besserung der Lage an. In den Hütten- und Walzwerken ergab sich auf Grund der kurzfristigen Auftragslage eine lebhaftere Vermittlungstätigkeit. In der Metallindustrie war die Gesamtlage durchwegs ungleich. Den Anzeichen einer leichten Belebung standen Entlassungen im Fahrzeugbau und bei den Werften gegenüber. In vielen Zweigen der Spinnstoffindustrie ist trotz gewisser Rückschläge, die durch den Zusammenbruch des Nordmollwollkongerns eingetreten sind, eine anhaltende Besserung nicht zu verkennen; zum Teil ist diese durch Auftragsaufträge bedingt.

Ist das noch Staatspolitik?

Soll die Ausreisesteuer nur aus Prestige Gründen aufrecht erhalten bleiben?

Die Ausreisegeldverordnung hat im In- und Auslande eine derartige Verbitterung und viel berechtigte Kritik hervorgerufen, daß selbst ihre Urheber sich jetzt allen Ernstes mit dem Gedanken tragen, sie schneller, als anfänglich beabsichtigt, außer Kraft zu setzen. Man plant, sie nach 6 Wochen unwirksam zu machen. Aber das genügt nicht. Die Verordnung ist so unmöglich, sie schafft soviel Unrecht und gestattet soviel Willkür, daß sie schnellstens außer Kraft gesetzt werden muß.

Die inzwischen veröffentlichten Ausführungsbestimmungen zu der Ausreisesteuerverordnung haben die ganze Unmöglichkeit dieser verfehlten gesetzgeberischen Maßnahme noch mehr als bisher in den Vordergrund treten lassen. Gemäß enthalten diese Bestimmungen eine ganze Reihe von Mißbildungen. Über es sind

„Mißbildungen, die zweierlei Recht schaffen“.

zweierlei Recht schaffen müssen, weil die Tendenz der ihnen zugrunde liegenden Notverordnung gar keine andere Möglichkeit läßt. Sie öffnen der Willkür Tür und Tor. Die eine Paphstelle wird sie so, die andere so auslegen. Unter Reisen zur „Erfüllung eines Dienstvertrages“ kann man beispielsweise alle Reisen verstehen. Ist es nicht auch Erfüllung eines Dienstvertrages, wenn ein Direktor oder Angestellter sich morgen vielleicht gar noch unter Vorlegung eines ärztlichen Attestes zur Erholung ins Ausland begeben will, um sich zur künftigen Erfüllung des Dienstvertrages zu kräftigen? Die eine Paphstelle wird den Fall bejahen, die andere wird ihn verneinen. Wer kann ferner genau kontrollieren, ob die eine oder andere Firma nicht die Erfüllung eines Dienstvertrages bescheinigt, ja sogar dringend bescheinigt, und die Inhaber dieser Bescheinigung dann zum Vergnügen ins Ausland fahren? Die Berliner Handelskammer hat beispielsweise derartige Bescheinigungen am Mittwoch restlos beglaubigt. Was blieb ihr auch anderes übrig? Jeden einzelnen Fall nachzuprüfen ist einfach unmöglich und wird immer unmöglicher, je mehr

die Lücken und Maschen der Durchführungsbestimmungen

bekannt werden. So wird es dazu kommen, daß die ganze Verordnung bald nicht mehr den geringsten praktischen Wert hat. Die Regierung ist sich selber darüber im klaren. Trotzdem will sie vorläufig aus Prestigerücksichten nicht auf die Verordnung verzichten. Ist das noch Staatspolitik?

Gefährdeter Schüleraustausch!

Nach den heute bekanntgegebenen Mißbildungen der Bestimmungen wird die Gebührenordnung nur bei Transporten von erholungsbedürftigen Kindern unter 13 Jahren, und zwar bei Sammeltransporten erlassen. Da der Schüleraustausch mit Frankreich, England und Spanien sich auf eine Anzahl von Orten erstrecken wird, kommt kein Sammeltransport in Frage. Etwa 300 deutsche Schülerinnen und Schüler hatten sich vorbereitet, die Auslandsreise in den nächsten Tagen anzutreten. Soweit Nachrichten von den Familien vorliegen, wünschen sie alle, den Austausch rückgängig zu machen, weil es ihnen selbstverständlich unmöglich ist, den hohen Betrag von 100 M. zu zahlen. Vorstellungen bei dem auswärtigen Amt und dem Reichsinnenministerium hatten die erfreuliche Wirkung, daß diese Ministerien das Ansuchen der beteiligten Organisationen beim Reichsfinanzminister wärmstens befürworteten. Aber beim Reichsfinanzminister waren die Vorstellungen bisher ergebnislos. Weber das Argument, daß durch eine obsequende Stellungnahme das Werk der Völkerverständigung gefährdet sei, noch der Hinweis auf die pädagogischen Folgen haben gewirkt.

Die Schülerinnen und Schüler, die nach Frankreich und anderen Ländern reisen, geben ganz geringe Reichsmarktbeträge, nämlich nur ihr Taschengeld aus. Diese Beträge können für die deutsche Währung von keiner Bedeutung sein, weil sie weitgemacht werden durch Ausgaben von Kaluten der Freunde, die sie aus Frankreich, England wieder nach Deutschland mitbringen. Es wäre

von unübersehbaren Folgen für dieses seit fünf Jahren aufgebauete Werk, wenn durch die starre Haltung des Reichsfinanzministers das Schüleraustauschwerk gefährdet wird.

Ein Held seiner Zeit.

Schlatternder SA-Mann vor Gericht.

München, 22. Juli. (Eigenbericht.)

Im Weilheimer Landfriedensbruchprozeß zeigte die Vernehmung des angeklagten Postassistenten Ubler der als Telegraphenbeamter die ihm dienstlich bekannt gewordenen Telegramme politischen Inhalts der Naziparteileitung ausshändigte, jene erbärmliche Feigheit eines treuereifischen Mannes, der für seine Untat gerade stehen soll. Mit den schäbigsten Ausflüchten wollte er sich um seine Verantwortung drücken.

In der Voruntersuchung hat Ubler selbst bekannt, daß er seit September vorigen Jahres im Weilheimer Postamt den SA-Beobachter gemacht hat. Heute erklärt er dem Gericht, seine damalige Aussage sei falsch gewesen. Er habe das Telegramm nur deshalb seiner Partei mitgeteilt und den Brief mit den Worten „Heil SA-Beobachter“ unterschrieben, weil er wieder einmal daran erinneren wollte, daß er für ein solches Amt ausersehen sei. Die weitere Aussage, die er gebrauchte, war noch windiger. Er sei sich klar gewesen, daß er mit der Preisgabe des Telegraphengeheimnisses seine Pflicht als Beamter verletze habe. Das sei aber in gewissen Fällen den Beamten erlaubt, besonders dann, wenn Menschenleben auf dem Spiel ständen. Auf die Frage, warum er dann nicht seinen vorgelegten Beamten verständigt habe, erklärte dieser Funktionär des „Dritten Reiches“, er sei politisch nicht genug geschult, um die Dinge richtig zu verstehen.

Die erbärmliche Geinnung des Angeklagten geht auch daraus hervor, daß er den ihm ausgehändigten Sturmbejehl, der ihn zur Teilnahme an der Versammlungspredigt verpflichtete, wohl mit Ja unterzeichnete, es aber dann vorzog, der Verklamung aus blaffer Angst vor der verabredeten Schlägerei fernzubleiben.

Aus der Vernehmung der sechs angeklagten Reichsbannerleute ging hervor, daß insgesamt nur 12 Angehörige des Reichsbanners als Saatzschuß tätig waren. 10 davon wurden von der siebenfachen Uebermacht der hakenkreuzerischen SA verletzt. Ohne das energische Eingreifen der Genbarmerie, deren Verhalten durchaus korrekt war, hätte es zweifellos Tote gegeben. Die Aussagen der Reichsbannerleute machten auf das Gericht den besten Eindruck, da sie in ihren Angaben nichts zu verschweigen und nichts zu beschönigen hatten.

Krawalle in Wilhelmshaven.

Acht kommunistische Demonstranten festgenommen.

Wilhelmshaven, 22. Juli.

Die hiesige kommunistische Ortsgruppe wollte den aus längerer Festungshaft zurückgekehrten Parteigenossen Wendt abholen, der seinerzeit vor dem Kreuzer „Emden“ kommunistische Flugblätter verteilt hatte und daraufhin vom Reichsgericht wegen Hochverrats zu einer längeren Festungshaft verurteilt worden war. Die Polizei hatte die Erlaubnis zu dem Umgang nur unter der Bedingung gegeben, daß dabei keine Reden gehalten würden.

Da die Kommunisten aber gegen dieses Verbot verstießen, schritt die Polizei ein und wollte den Zug auflösen. Dabei kam es zu Tätlichkeiten der Kommunisten gegen die Polizei, die schließlich von ihrem Gummiknüppel Gebrauch machen mußte. Die Kommunisten schlugen mit ihren Musikinstrumenten auf die Beamten ein und verletzten zwei von ihnen. Die Polizei verhaftete acht Kommunisten, unter denen sich auch der Führer der hiesigen kommunistischen Ortsgruppe befindet.

Blitzstossen japanischer Kriegsverstärker. 25 Kriegsverstärker, die kein Recht auf Pensionen besitzen, haben in Tokio bei dem Grabe des Kaisers Meiji ein 72pündiges Blitzfaß benannt. Trotz des Regens halten sie in der Zuversicht aus, daß der öffentliche Appell an den Geist des Kaisers eine Besserung ihrer Lage bewirken werde. Sechs von ihnen sind schon vor Erschöpfung ohnmächtig geworden, die anderen setzen das Blitzfaß fort.

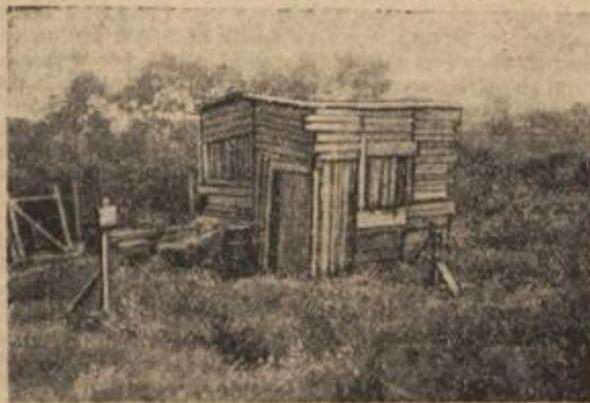
Höhlenbewohner in Neukölln.

Das „Heim“ aus Brettern und Blechstücken.

Er nennt sich zwar Chaplin, aber er ist natürlich nicht der Filmstar. Es ist auch sehr fraglich, ob der echte Chaplin sich bei seinem letzten Europabesuch dazu herbeigelassen hätte, seinen unbedeutenden Namensvetter zu besuchen. Aber der alte Mann, ein gewisser K., der am Feltower Kanal, unweit der Straße 116, kurz vor der Laubkolonie Rudakshheim II, in Berlin-Britz, sich eine mitteleiderregende Laube errichtet hat, nennt sich nun einmal so. Das einzige Fenster in der traurigen Bude ist dem armen Teufel unlängst gestohlen worden. Bretterstücke und verrostete Blechstücke hindern das Eindringen des Tageslichtes. Trotzdem dringen Sonnenstrahlen durch die mehr als fingerbreiten Ritzen und die vielen Astlöcher und lassen den Neugierigen die sehr primitive Einrichtung erkennen: Eine Art Bettstatt, ein aus Brettern zusammengenagelter Tisch und dito Bank, ein alter Ofen und dürftiges Koch- und Hausgerät. Vor der Laube eine Pumpe, und — eine Warnungstafel, auf der folgende Inschrift angebracht ist: „Wer mir armen Menschen wohs wech nimmt, dem sollen die Finger absaulen. — Was hier nicht gefällt, das du auch keinem Anderen.“

Als ich von meiner Streife einmal an der Baracke vorbeikom, tauchte ein komisch wirkendes, verhuelltes aber sauber rasiertes Männlein auf. Auf dem kleinen Kopf eine hohe Blode, die schäbige Kleidung sauber, Gummiträger, bunte Kravatte, so erdicht der Besucher — wie er sich selbst vorstellte: Chaplin. Wenn auch etwas entfernt, so ist doch immerhin jooiel Ähnlichkeit mit der Filmfigur Chaplin vorhanden, daß man ganz von selbst beim Anblick dieses Menschen an den großen amerikanischen Komiker erinnert wird. Das sorgenvolle Gesicht hellte sich etwas auf, als ich ihm eine Zigarette anbot — dann wurde er redselig und schüttelte sein Herz aus. Er ist vom Beruf Bäcker und handelt — wenn er Geld genug zum Einkauf der Ware hat — mit Salzstangen. Seine Unterstüfung vom Wohlfahrtsamt reicht nicht aus, um Miete zahlen zu können, deshalb hat er sich diese Wohnhöhle dürftig zusammengezimmert. Bei Regenwetter sitzt er in seinem Heim mit aufgespanntem Regenschirm.

In etwa 50 Meter Entfernung von Chaplins Besitz haben sich Höhlenbewohner angesiedelt. Ein etwa zwei Meter langes, etwa anderthalb Meter breites und eineinhalb Meter tiefes Loch ist mit Stroh angefüllt. Ein sehr mangelhaft aus Bretterstücken und Konservendbüchsen errichtetes Dach bietet ein wenig Schutz. Eine Art Drahtverhau bildet die Grenze dieses Eigenheims. Ein warnend aufgebauter Ofenrohr soll wohl eine Kanone darstellen und zeugt davon,



daß hier bei allem Elend noch Humor walte. Ringsumher liegen alte verrostete Konservendbüchsen, ehemalige Emailleimer und dergleichen. Ein altes Emailleschild mit der Aufschrift „Frische Bratwurst, Pfund 20 Pf.“ wirkt wie ein Hohn auf die jammervolle Umgebung. Hier kampieren ebenfalls zwei ältere Männer. Die Kinder haben sie mit den Spottnamen „Wiesenspießer“ und „Buckelchen“ belacht. Mit dem alten Mann, der sich Chaplin nennt, sind die drei auch Zeugen der grenzenlosen Not, die überall herrscht.

Die Wohlfahrtsunterstützungen

Verlegung des Zahlungsstermins.

Mit Rücksicht auf die augenblickliche Kassenlage wird die Zahlung der Wohlfahrtsunterstützungen bis auf weiteres so geregelt, daß die Kleinrentnerunterstützungen mit einer Hälfte an den bisherigen Zahlungstagen (Ende des Monats), mit der anderen Hälfte am 13. d. M. gezahlt werden. Den Empfängern wird der Zahlungstag der zweiten Hälfte auf dem Abschnitt der Zahlungsanweisungen mitgeteilt. Die Zahlung erfolgt dann in der üblichen Weise.

Die Sozialrentnerunterstützungen gelangen bis auf weiteres nicht mehr zusammen mit der staatlichen Sozialrente, sondern gesondert am 10. des kommenden Monats an den Postkassieren zur Auszahlung. Durch Aushang in den Postanstalten wird auf diese Neuregelung noch besonders hingewiesen. (Die Sozialrentner, denen auch bisher nicht am Postkassier gezahlt wird, erhalten ihre Unterstützung in der bisherigen Form, jedoch auch erst am 10. d. M.) Auch Hilfsbedürftigen und Gleichgestellten werden die laufenden Unterstützungen zur Hälfte am bisherigen Zahlungstage, zur anderen Hälfte am 13. d. M. ausgezahlt.

Die laufenden Unterstützungen an Wohlfahrtsarbeiter sowie werden nicht mehr wie bisher vierzehntäglich, sondern, wie früher, wöchentlich ausgezahlt.

Seidenlager im Hühnerstall.

Das Einbrecherpaar auf Sommerfrische.

Vor einigen Wochen wurde bei einer Seidengroßhandlung im Zentrum der Stadt ein Einbruch verübt, bei dem den Dieben für annähernd 100 000 Mark wertvolle Seidenstoffe in die Hände fielen. Kriminalbeamte der Dienststelle I 3, die nach dem Verbleib der Beute forschten, wurden in einem Lokal in der Nähe des Spittelmarktes Ohrenzeugen einer auffälligen Unterhaltung. An einem benachbarten Tisch saßen zwei Männer, die einen Drohkuchenschmaus zu einer Fahrt nach Hartmannsdorf bei Jangschleufe bestellten. Ohne, daß dem Mann näheres gesagt wurde, hieß es nur, er solle mit seinem Wagen Pakete abholen und nach Berlin bringen.

Die Beamten stellten weitere Ermittlungen an, und es ergab sich, daß der Wirt des Lokals in Hartmannsdorf ein einseitig gelegenes Anwesen besitzt. Da er dort nicht selbst nach dem Rechten sehen kann, verwaltet das Grundstück seine belagte Mutter. Eine Stube im Hause ist auch zur Aufnahme von Sommergästen eingerichtet, und dort hatten sich ein „Fritz Müller und Frau“ aus Berlin einquartiert. Herr Müller war eifriger Angler, und er und seine Frau behelligten die alte Vermieterin in keiner Weise. Als sie eines Tages baten, in einem unbenuzten Stall etwas unterstellen zu dürfen, schöpfe die Vermieterin keinen Verdacht, sondern erlaubte es. Nach dem Gespräch in dem Lokal am Spittelmarkt fuhr der Kriminalbeamte nach Jangschleufe. Sie sahen auch bald das Auto ankommen. Zwei Männer saßen darin, die, als sie die Beamten bemerkten, aus dem Wagen sprangen und in den Wald flüchteten. In dem Stall wurde nun eine Durchsuchung vorgenommen und unter Heu und Stroh verstaubt wurden zunächst 700 Meter Seide und später noch 1000 Meter gefunden. Der angehende „Müller“ wollte von den Stoffen natürlich nichts wissen. Sein Pseudonym konnte jedoch gelüftet werden. Er ist in Wirklichkeit ein als Konfektionseinbrecher bekannter Fritz P., der in dem abgelegenen Häuschen auf seinen „Vorberzer“ ausübte. Die beschlagnahmten 1700 Meter sind nicht alles, was aus dem Seidengeschäft gestohlen worden ist. Wohin die andere Beute geschafft wurde, steht noch nicht fest.

Geheimnisvoller Schütze.

Sechs Passanten durch Bleikugeln verlegt.

Durch einen unbekannt gebliebenen Schützen, der im Norden Berlins in der Umgebung der Hermsdorfer und Hufschliffstraße offenbar aus einem Luftpistole zahlreiche Schüsse abgab, wurden gestern sechs Passanten, darunter vier Frauen, leicht verlegt.

Das erste Opfer des Unfugliffers war eine ältere Frau, die von einer Kugel in die Wange getroffen wurde. Die Verletzte brach vor Schreck ohnmächtig zusammen. Als andere Passanten der Bewußtlosen Hilfe leisten wollten, wurde eine andere Frau von einem Geschloß ins Bein getroffen. In kurzen Abständen wurden noch vier weitere Personen, bevor sie sich in den umliegenden Häusern in Sicherheit bringen konnten, auf dieselbe Weise leicht verlegt. Als die Polizei am Tatort erschien, hörte die Schießerei auf. Obgleich nichts unversucht gelassen wurde, des Schützen habhaft zu werden, konnte nicht die geringste Spur von dem Täter entdeckt werden. Später wurde die Gegend noch längere Zeit von Kriminalbeamten beobachtet, ohne daß sich etwas Verdächtiges zeigte.

Bei den Geschossen handelt es sich um kleine Bleikugeln, die entweder aus einem Luftpistole oder einem schwachkalibrigen Leihing abgefeuert wurden. Die Vermutung, daß es sich um die Tat eines Geistesgestörten handelt, hat bisher keine Bestätigung gefunden.

Gegen Messer und Revolver.

Wann werden die gefährlichen Raziolokale geschlossen?

Unter dieser Parole veranstaltete der Ortsverein Tiergarten des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold am Montagabend eine überfüllte Kundgebung im Rationalhof. Ein Zeichen der ungeheuren Erregung der Republikaner des „Alten Westens“ über den Terror der Nazis ist es, wenn diese Kundgebung ohne Herausgabe von Flugblättern oder Plakaten einen derartigen Besuch aufwies. Der Spielmannszug Tiergarten eröffnete die Kundgebung mit einigen Märschen. Der Ortsvereinsvorsitzende Hamburger gedachte dann des in Hannover von Nazis ermordeten Reichsbannerkameraden, gab noch einmal eine Auffstellung der verschiedenen Terrorakte der Nazis im „Alten Westen“ und forderte zum verstärkten Kampf gegen den Faschismus auf. Eine Vertreterin der „Roten Fäden“ überreichte dann den beiden wiedergewählten Kameraden Jocher und Bleil einen Blumenstrauß und forderte die gemeinsame antifaschistische Aktion. Kamerad Bleil dankte in seinem und des Kameraden Jocher Namen für die vielen Beweise der Kameradschaft, die ihnen in den letzten Wochen zuteil wurden. Kamerad Jocher und noch ihm Kamerad Weiner, M. d. L. rechneten noch einmal mit den Nazis und Stahlhelmern ab. Eine Resolution, die die Schließung des Raziolokals „Afrika-Kajino“ in der Lützowstraße verlangt, eines Lokals, das sich für die öffentliche Sicherheit als äußerst gefährlich erwiesen hat, wurde einstimmig angenommen.



Marmortreppen führten zur blauen Wolga. Dzeandampfer lagen am Fluß. Dicke Ausländer, Schach-Ladys, österreichische Anhänger der indischen Schachdefensive, Indier mit weißen Turbanen, Anhänger der spanischen Partie, Deutsche, Franzosen, Neu-Seeländer, die Bewohner der Ufer des Amazonasstromes und die Moskauer, Veningrader, Kiewer und Odesaer, die die Wassjuki beneideten, langte im Elevator oben am Kai an. Zahllose Autos verkehrten zwischen den Marmorhotels. Plötzlich blieb alles still stehen. Aus dem eleganten Hotel „Gewonnener Bauer“ trat der Weltchampion Jofe Raoul Capablanca n Graupera. Sofort war er von Damen umringt. Ein Polizist, der eine Schachuniform trug — karierte Reithose, Läufer in den Knopflöchern — grüßte höflich. Der einäugige Vorkämpfer des Knopflücker-Klubs „Bier Springer“ näherte sich würdig dem Champion. Der in englischer Sprache geführte Disput der beiden Berühmtheiten wurde durch die Ankunft Doktor Grigorjew und des Weltmeisters Aljechin unterbrochen. Willkommensrufe erschütterten die Stadt. Jofe Raoul Capablanca n Graupera schnitt eine Grimasse. Der Einäugige winkte mit der Hand und eine Marmorstiege wurde an den Aeroplan Doktor Grigorjew angelehnt. Doktor Grigorjew lief die Sprossen hinab, schwenkte im Wehen den neuen Hut und sprach über die Folgen eines eventuellen Fehlzuges Capablancas in seinem bevorstehenden Match mit Aljechin.

Plötzlich wurde am Horizont ein schwarzer Punkt sichtbar. Der Punkt näherte sich rasch, wurde immer größer und verwandelte sich in einen großen smaragdfarbenen Fallschirm. Ein Mann mit einem Koffer hing wie eine große Kube daran.

„Das ist er!“ rief der Einäugige. „Hurra! Hurra! Hurra! Ich erkenne den großen Schachphilosophen Doktor Vasser. Er allein in der ganzen Welt trägt diese grünen Fußsolen.“

Jofe Raoul Capablanca n Graupera schnitt wieder eine Grimasse.

Man stellte rasch eine Marmortreppe für Vasser bereit. Der stamme Exchampion blies ein Stäubchen vom linken

Kermel, das während seines Fluges über Schlesien dahin geratet war, und fiel dem Einäugigen in die Arme. Der nahm ihn um die Taille, führte ihn zum Champion hin und sagte: „Schließt Frieden! Im Namen der Wassjuki bitte ich euch darum! Schließt Frieden.“

Jofe Raoul seufzte geräuschvoll auf, schüttelte dem Veteran die Hand und sagte: „Ich habe immer Ihre Idee bewundert, in der spanischen Partie den Läufer von b 5 auf c 4 zu überführen!“

„Hurra!“ rief der Einäugige. „Das ist einfach und überzeugend, richtiger Championstil!“

Und die ganze unübersehbare Menschenmenge schrie: „Hurra! Viva! Banjai! Einfach und überzeugend, richtiger Championstil!“

Schnellzüge kamen an den zwölf Wassjuki-Bahnhöfen an und immer neue Mengen von Schachenthusiasten entstieg ihnen.

Ein Schnellläufer kam zum Einäugigen gelaufen: „Eine Panik auf der Radiostation. Man braucht Ihre Hilfe.“

Auf der Radiostation empfingen die Ingenieure den Einäugigen mit den Rufen: „Ein Katastrophen-Signal! Ein Katastrophen-Signal!“

Der Einäugige legte die Radiohörer an und horchte. — Uau! Uau! Uau! — man hörte ein verzweifertes Schreien im Aether. „SOS! Rettet meine Seele!“

„Wer bist du, der um Rettung fleht?“ rief der Einäugige in den Aether hinaus.

„Ich bin ein junger Mexikaner“, teilten die Luftwellen mit. „Rettet meine Seele.“

„Was wünschen Sie vom Klub „Bier Springer“?“

„Eine respektvolle Bitte...“

„Um was handelt es sich?“

„Ich bin ein junger Mexikaner, namens Torre, und soeben aus dem Irrenhaus entlassen worden. Lassen Sie mich am Turnier teilnehmen. Ich flehe Sie an!“

„Ach, ich habe keine Zeit!“ antwortete der Einäugige.

„SOS! SOS! SOS!“ rief der Aether.

„Nun gut, kommen Sie.“

„Ich habe aber kein Geld!“ tönte es von den Ufern des mexikanischen Golfes.

„Ach, diese jungen Schachspieler!“ seufzte der Einäugige. „Holen Sie ihn mit einem Aero-Wagen! Mag er kommen!“

„Beunruhigen Sie sich nicht“, sagte Ostap. „Mein Projekt garantiert Ihrer Stadt ein unerhörtes Aufblühen der tätigen Kräfte. Bedenken Sie nur, was geschehen wird, wenn alle

Fremden nach Beendigung des Turniers abreifen werden. Die Moskauer, durch die Wohnungsnot gedrängt, werden in Ihre wundervolle Stadt übersiedeln wollen. Die Volkskommissare werden ihren Sitz hierher verlegen. Wassjuki wird New-Moskau und Moskau Alt-Wassjuki genannt werden. Die Veningrader und Charkower knirschen mit den Zähnen, können aber nichts tun. New-Moskau wird das elegante Zentrum Europas und später der ganzen Welt werden.“

„Der ganzen Welt!“ stöhnten die betäubten Wassjuki.

„Jawohl! Und später einmal des ganzen Universums. Der Schachgedanke, der eine Bezirksstadt zur Hauptstadt umgeschaffen hat, wird auch die Mittel und Wege zu einer interplanetaren Verbindung finden. Die Signale aus Wassjuki werden auf den Mars, Jupiter und Neptun gelangen. Die Verbindung mit der Venus wird ebenso einfach sein, wie eine Fahrt von Rbinsk nach Jaroslaw. Und wer weiß, vielleicht wird in acht Jahren schon in Wassjuki der erste interplanetare Schachkongress der Weltgeschichte abgehalten werden.“

Ostap trocknete seine edle Stirn. Er hatte einen solchen Hunger, daß er mit Vergnügen einen gebratenen Springer gegessen hätte.

„Ja-a“, stieß der Einäugige hervor und sah mit irrem Blick auf die staubigen Wände. „Wie kann das aber praktisch ausgeführt werden?“

Die Anwesenden blickten den Weltmeister gespannt an.

„Ich wiederhole, daß die Sache praktisch nur von Ihrer Tätigkeit abhängt. Ich wiederhole, daß ich die ganze Organisation der Sache auf mich nehme. Da gibt es keine Ausgaben, wenn man nicht die Telegammelpfen rechnet.“

Der Einäugige stieß seine Kameraden mit dem Ellbogen an. „Nun?“ fragte er. „Was sagt ihr?“

„Wir werden es machen, werden es machen!“ lärmten die Wassjuki.

„Wieviel Geld braucht man... dazu... für diese Telegamme?“

„Einen lächerlichen Betrag“, sagte Ostap. „Hundert Rubel.“

„In unserer Kassa liegen nur einundzwanzig Rubel sechzehn Kopeken. Wir sehen natürlich ein, daß das nicht genügen kann...“

Der Weltmeister war aber ein zuvorkommender Organisator. „Schön“, sagte er, „geben Sie her, Ihre zwanzig Rubel.“

„Wird das genügen?“ fragte der Einäugige.

„Für die ersten Telegamme. Später wird man Geldsammlungen vornehmen und Geld, mehr als nötig, wird da sein.“

(Fortsetzung folgt.)

Tobfächtiger am Büschingplatz.

Er zertrümmerte 30 Fensterscheiben.

Die Umgebung der Büschingstraße; unweit des Alexanderplatzes, wurde gestern abend durch einen Tobfächtigen kurz vor Geschäftsschluss in helle Aufregung versetzt. Der mit zwei großen Hammern bewaffnete Geistesranke lief durch die Büsching- und Weinkrahe und zertrümmerte im Verlaufe von knapp 10 Minuten etwa 30 Fensterscheiben.

Der Tobfächter, ein 29 Jahre alter Monteur Otto Schmidt, wohnt mit seiner Frau und seinen beiden Kindern im Hause Büschingstraße 16. Schmidt, der seit drei Jahren arbeitslos ist, hat mehrere Jahre in der Fremdenlegion gedient. Er wurde aber in die Heimat entlassen, als sich bei ihm, vermutlich durch das Tropenklima, geistige Störungen zeigten. Sch., ein sonst nicht zu Gewalttätigkeiten neigender Mensch, gerät beim geringsten Alkoholgenuss in Erregung, die sich häufig zu schweren Ausschreitungen steigert. Gestern abend hatte Schmidt mehrere Glas Bier getrunken. Als er in seine Wohnung zurückkehrte, bekam er plötzlich einen schweren Tobfächtersanfall. Er wollte Frau und Kinder umbringen. Nur durch schleunige Flucht konnten sich die Bedrohten in Sicherheit bringen. Der Tobfächter ergriff zwei Hammer und eilte damit auf die Straße. Unter großem Tumult schlug Schmidt sämtliche Fensterscheiben der umliegenden Geschäfte ein. Im Augenblick hatten sich mehrere hundert Menschen angesammelt, niemand wagte es aber, sich dem Tobenden entgegenzustellen.

Inzwischen erschien das Ueberfallkommando auf dem Schauplatz der Verwüstungen, und nur mit großer Mühe konnte der Tobfächter, der mit den Hammern wie wild um sich schlug, überwältigt und in Gewahrsam gebracht werden. Schmidt soll heute einer Anstalt überwiesen werden.

Die Brieftasche in der Affenmappe.

Ein Sechzigjähriger unter der Anklage des Diebstahls.

Die Verhandlung beginnt mit Ermahnungen des Einzelrichters. An den Zeugen: Ich warne Sie ganz besonders davor, die Unwahrheit zu sagen. Von Ihrer Aussage hängt es ab, ob dieser alte unvorbestrafte Mann ins Gefängnis geht. Sagen Sie die Unwahrheit, so werde ich nicht zurücksprechen, Sie sofort wegen Meineides der Staatsanwaltschaft zu übergeben.

An den Angeklagten: Ihnen rate ich, sagen Sie, wie es sich wirklich zugezogen hat; noch können Sie Ihren Einspruch zurücknehmen. Sie haben wegen Diebstahls einen Strafbefehl über 35 M. oder 7 Tage Haft erhalten. Die Strafe kann unter Umständen erhöht werden. Sie fahren vielleicht besser, wenn Sie den Einspruch zurücknehmen; natürlich nur, wenn Sie schuldig sind. Der Sechzigjährige unter Tränen: Ich will, daß verhandelt wird. Der Richter: Es ist ja sehr traurig für Sie, aber wir wollen die Sache in Ruhe abmachen. Erzählen Sie, wie es war. Sie sollen am 22. Mai eine Brieftasche mit 147 Mark gestohlen haben. Der Sechzigjährige: Es war wohl zwei Tage vor Pfingsten. Ich habe meinen festen Tageslohn in der Dirschstraße und handelte mit Gemüse. Neben mir hatte ein junger Mann seinen Stand aufgeschlagen. Er hielt sich darüber auf, daß ein anderer alter Händler Kopffalat auf der Straße selböt und machte den Oberaufseher darauf aufmerksam. Ich folgte dem jungen Mann: Wissen Sie, junger Mann, Sie sollten sich schämen, der größte Lump im ganzen Land ist der Denunziant. Um halb elf Uhr habe ich aus meiner Affenmappe meine Straßen genommen, habe die Tasche wieder an den Nagel gehängt, darüber hing ein Jackett und ein Regenmantel; und dann wurde die Brieftasche mit 147 Mark in meiner Affenmappe gefunden. Der Zeuge, ein sehr ordentlich aussehender 20jähriger Mensch, will an einen Austritt mit dem Angeklagten am fraglichen Tage sich zuerst nicht erinnern. Dann aber entsinnt er sich; er hat dem Wortwechsel mit dem Älteren keine besondere Bedeutung beigemessen. Ueber das Verschwinden des Geldes erzählt er wie folgt: Es war elf Uhr, ich wollte mein Geld nachzählen, entnahm dem Apfelsinrentkasten meine Brieftasche, wurde durch einen Kunden abgelenkt und ließ die Tasche in den Apfelsinentastens zurückbleiben. Als ich mein Geld nachzählen wollte, war der Kasten nicht mehr da. Ich sah, wie der Alte einen Kasten wegräumte; es mag sein, daß die Tasche aus dem Kasten herausgefallen ist und daß der Alte sie ausgehoben hat. Der Staatsanwalt: Ich bitte den Angeklagten freizusprechen. Der Zeuge hatte selbst zugegeben, daß sich noch andere Leute in der Nähe befunden haben. Der Richter sprach den Sechzigjährigen frei.

Die Handhabung bei der Hauszinssteuer.

Ein Parteigenosse schreibt uns:

Seit dem 1. April 1930 bin ich erwerbslos, und mir wurde die Hauszinssteuer vom Juni 1930 ab mit monatlich 18,30 M. gestundet bzw. niedergeschlagen. Jetzt, am 18. Juli 1931, erhalte ich von meinem Hauswirt eine Aufforderung, wonach die Stundung ab 1. April 1931 nur noch 12,10 M. beträgt und ich mithin sofort 24,80 M. nachzahlen habe. In ziemlich unhöflicher Form wurde mir auf der Steuerfasse auf eine Rückfrage hin einfach erklärt: Die Aufforderung stimmt.

Nun frage ich: Soll man es für möglich halten, daß in Notzeiten eine Regierung es fertig bekommt, auf 33 Proz. des Hauszinssteueranteils zu verzichten, um sie dem Hausbesitz zugunsten der Armen — Erwerbslosen, alten Leuten usw. — in den Hals zu werfen? Wie stellt man sich vor, von Erwerbslosen, deren Unterstützung praktisch nur dazu langt, die Miete und die sonstigen Unkosten zu decken, eine Nachzahlung, die sich über vier Monate erstreckt, zu erhalten? Wie wäre es, wenn ein Kaufmann nach vier Monaten für gelieferte Waren eine Nachzahlung verlangen würde?

Uniformierte Lebensmittelplünderer.

An zwei verschiedenen Stellen der Stadt drangen gestern nachmittag wieder jüngere Burschen in Lebensmittelgeschäfte ein und raubten größere Mengen Waren. Sechs uniformierte Kommunisten hatten es auf das Buttergeschäft von Hoffmann in der Caprivi-Allee Ecke Delbrückstraße abgesehen. Die Täter bedrohten das Personal und raubten, was ihnen gerade in die Hände fiel; dann suchten sie das Weite. Von der zweiten Plünderung wurde ein Lebensmittelgeschäft in der Anzengruberstraße in Reutbahn betroffen. In beiden Fällen gelang es den Tätern, zu entkommen. Die Verfolgung durch Beamte des Ueberfallkommandos verlief ergebnislos.

Die silberne Hochzeit beging der in Röntgenal, Effabetsstraße 9, wohnende Genosse Fischer August Prüggebrecht. Der Jubilar ist seit 25 Jahren Mitglied der Partei und Mitbegründer des Reichsbanners (Ortsgruppe Röntgenal).

Leidtragende der Krise.

Die erschwerenden Auslandsverkehrsbestimmungen.

Mit am schwersten betroffen sind von den Ausreisebestimmungen die Geschäftsreisenden, seien sie nun selbständige Gewerbetreibende oder Angestellte einer Firma.

Der Geschäftsverkehr mit dem Ausland steht und fällt heute mehr denn je mit dem persönlichen Kontakt zwischen den Beteiligten. Der Reisende muß auf der Tour ständig gewärtig sein, ganz plötzlich auf dem schnellsten Wege irgendeinen ausländischen Kunden aufsuchen zu müssen. Die Bestimmung, die den Inhaber einer Gewerbelegitimation (laut §§ 44 und 44a der RVO.) von der Paßgebühr befreit, sieht nun vor, daß diese Befreiung von Fall zu Fall von der Beibringung einer Bescheinigung durch die zuständige Polizeibehörde nach Anhören der Handelskammer abhängig gemacht wird. In der Praxis wirkt sich diese Bestimmung nun so aus, daß der Reisende, der beispielsweise in Kachen arbeitet, von seiner Berliner Firma Anweisung erhält, sofort nach Holland zu reisen; die Erledigung seines Antrages um Einreise nehmen immerhin einige Tage in Anspruch und es besteht hierbei die Gefahr, daß der Auftrag, um den es sich handelt, durch die Verzögerung hinfällig wird. Täglich laufen eine Unzahl von Telegrammen ein, wonach Reisende ihre Tätigkeit unterbrechen, oder die Reise, da der Auftrag hinfällig wurde, ganz ausgeben müssen. Selbständige Reisende, wie auch Firmenangestellte sind außerdem durch den gedrohten Ueberweisungsverkehr kaum mehr in der Lage, auf die Reise zu gehen, weil sie ja die notwendigen täglichen Ausgaben nicht bestreiten. All dies wirkt sich am stärksten in der Maschinenbranche, bei den Textilien, der chemischen Industrie und der Konfektion aus. Auch die Artisten mit Auslandsengagementen haben unter den Bestimmungen zu leiden. Auf der einen Seite, weil nicht genau präzisiert wurde, ob der Auslandsvertrag an sich die Paßgebührenbefreiung darstellt, oder ob es bestimmter Stempel bedarf, wie und wo diese eingeholt werden müssen, ob beim Verband, bei der zuständigen Polizeibehörde usw. Der Grenz-

übertritt wird außerdem dadurch erschwert, da die Artisten nicht immer wissen, wo sie die Grenze passieren werden.

Eine weitere Anämie erwacht den Artisten daraus, daß Familienmitglieder, die nicht auf der Bühne mittätig, also im Engagementvertrag nicht mit angeführt sind (Ehefrauen, Kinder), in dieser Bergünstigung nicht miteinbezogen werden. Abgesehen davon, daß diese Begleitpersonen ja in den meisten Fällen für die Reisenden notwendig sind, wissen die ins Auslandsengagement Reisenden, die ja fast stets den letzten Aufenthaltsort nur als Durchgangsstation benutzen und dort kein festes Heim besitzen, nicht, wo sie mit ihren Angehörigen hin jollen, besonders wenn es sich um Kinder handelt, die vielleicht sogar im Abreisort völlig fremd sind. Hunderte von Anfragen in jeder Form laufen bei der Artistengewerkschaft jetzt täglich ein.

Die Auswanderer in der Notverordnung.

Die Reichsregierung hat die Auswanderer, die ohnehin mit vielen Sorgen und Unkosten belastet sind, erfreulicherweise von der Zahlung der Ausreisengebühr von 100 M. befreit. Die Befreiung erfolgt durch die deutsche Paßstelle (in Berlin durch das Polizeipräsidium), also nicht durch die Grenzstelle, auf Grund der Bescheinigung einer größeren Auswandererberatungsstelle. Diese Bescheinigung wird — in Berlin — von der Gemeinnützigen öffentlichen Auswandererberatungsstelle (Vereinigung für Deutsche Siedlung und Wanderung), Berlin W. 9, Linke 15, II, ausgestellt. Selbstverständlich muß jeder, der die Freistellung beansprucht, durch Vorlage von Papieren wie postzeitliche Abmeldung, Einreisefichtvermerk des Einwanderungsamtes, Schriftwechsel über Aufnahme im Zielland usw. glaubhaft nachweisen, daß er wirklich Auswanderer und nicht nur Reisender ist.

Segelflieger Fuchs abgestürzt.

Trauriger Unfall des 12. Rhön-Segelflugwettbewerb.

Gersfeld, 22. Juli.

Der diesjährige Rhön-Segelflug-Wettbewerb wurde von Professor Georgii, dem Direktor der Rhön-Rositten-Gesellschaft, eröffnet. 55 Maschinen nahmen an dem Wettbewerb teil. Bei dem ersten Flug ereignete sich leider ein Unfall. Der bekannte Segelflieger Otto Fuchs stürzte mit der „Starkenburg“ über dem Löffelstein ab. Seine Maschine wurde völlig zerstört. Otto Fuchs erlitt einen Oberschenkelbruch. Sein Befinden ist, natürlich den Umständen entsprechend, gut.

Verkehrsunfall in der Mohstraße.

Straßenbahn gegen Autobus. — Mehrere Verletzte.

Im Berliner Westen, an der Ecke Ansbacher und Mohstraße, ereignete sich gestern ein folgenschwerer Zusammenstoß zwischen einem Straßenbahnwagen der Linie 91 und einem Autobus der Linie 19. Mehrere Fahrgäste des Autobus erlitten leichte Verletzungen.

Wie die bisherigen Ermittlungen ergeben haben, versuchte der Führer des Autobus die Straßenkreuzung noch vor der in langsame Fahrt herankommenden Straßenbahn zu überqueren. Die Entfernung war jedoch zu kurz, und der Autobus wurde von dem Triebwagen an der hinteren Achse gerammt. Bei dem Zusammenprall wurden zahlreiche Scheiben zertrümmert. Mehrere Fahrgäste erlitten zum Glück nur leichtere Verletzungen.

Der Autobus mußte später aus dem Verkehr gezogen werden. Durch den Unglücksfall wurde eine Verkehrsstörung verursacht.

Falscher Kriminalbeamter.

Plündert hilflosen Armenier aus.

Einen tolen Streich haben sich zwei Unbekannte mit einem sprachkundigen Ausländer geleistet.

In der Prinzenstraße wohnt ein armenischer Händler K., der außer Tabakwaren auch Wäsche und Strümpfe vertreibt. In seiner Wohnung erschienen zwei unbekannte Leute, von denen der eine sich für einen Kriminalbeamten ausgab und seinen Begleiter als seinen „Festgenommenen“ bezeichnete. In Gegenwart des Händlers, der nur die Hälfte von dem Getreide verstand, legte der „Festgenommene“ dem falschen Beamten ein

reumütiges Geständnis ab und bezeichnete alle möglichen Gegenstände als von ihm gestohlen. Sie sollten von ihm an den Armenier verkauft worden sein. Der „Kriminalbeamte“ schritt nun zur Beschlagnahme. Alle Proteste des Händlers waren vergeblich, die „Amtshandlung“ nahm ihren Fortgang. In den großen Koffer eines Untermieters verstaute er 3000 Zigaretten, 100 Zigarren, seidene Damenstrümpfe und Schlüpfen, Herrensocken, mehrere Anzüge usw. Zum Schluss nahmen sie dem Armenier noch 52 M. bares Geld ab, angeblich weil das Erlös von Heißerware sei. Der Ausgeplünderte mußte noch mit anfasseln und den Koffer des Untermieters zu einer Drohsche bringen. Der „Kriminalbeamte“ fuhr mit dem „Festgenommenen“ angeblich nach dem Polizeipräsidium. Der Händler sollte „morgen“ das weitere hören. Man hat bisher von den frechen „Genossen“ noch keine Spur finden können.

Proviandamt in Flammen.

2200 Zentner Heu verbrannt.

Stettin, 22. Juli.

Im Proviandamt der Reichswehr in Uffdam bei Stettin brach heute vormittag ein Feuer aus, das sich großen Umfang annahm.

Das Feuer entstand vormittags gegen 10 Uhr in einem großen Schuppen, in dem 110 Tonnen Heu untergebracht waren. Trotz sofortigen Eingreifens der freiwilligen Feuerwehr von Uffdam und der Reichswehrruppen ist der Schuppen bis auf die Grundmauern niedergebrannt. Es besteht noch immer die Gefahr, daß weitere in der Nähe gelegene Proviandspeicher ebenfalls von den Flammen ergriffen werden.

Besuch deutscher Schüler in Spanien.

Von der spanischen Republik sind 20 deutsche Schüler nach La Granja eingeladen worden. Die deutschen Schüler sind beim Ueberqueren der spanischen Grenze in San Sebastian vom Magistrat empfangen worden und von dort nach La Granja weitergereist, wo sie bereits eintrafen.

Den Schwiegervater niedergeschossen.

Im Verlaufe eines Streites wurde gestern um 22 Uhr der 57 Jahre alte Kaufherr Georg Bethke in seiner Wohnung in der Bobestraße 19 in Reutbahn von seinem 33jährigen Schwiegervater niedergeschossen. Mit einem lebensgefährlichen Bauchschuß wurde Bethke ins Budower Krankenhaus gebracht. Der Täter ist von der Kriminalpolizei festgenommen worden.

Erziehung im Gefängnis?

Zwei Zwanzigjährige zur „Erziehungsstrafe“ verurteilt.

Vor dem Schöffengericht stehen zwei Freunde. Die Freundschaft ist erst jüngsten Datums. Sie hat ihren Ausgangspunkt auf dem Arbeitsamt — wie so viele Freundschaften, die dann beiden Freunden verhängnisvoll werden. I., der weichere und labilere, hat sich dem willensstärkeren P. voll und ganz untergeordnet; er geht mit ihm durch dick und dünn und hat sich gemissermaßen das auszuliefern, was jener für sich und ihn eingebracht hat. I. ist noch unbestraft. Er wohnte bis vor kurzem bei seinen Eltern in einem wohlgeordneten bürgerlichen Heim. P. hat sich bereits in seinem jungen Leben eine Kleinigkeit zuschulden kommen lassen; er hat auf seiner Arbeitsstelle verschiedene Schwindelereien begangen und ist vom Richter zu zwanzig Mark Geldstrafe verurteilt worden, hat außerdem eine ernste Verwarnung erhalten.

Eines Tages begaben sich beide, heimlich von ihren Eltern, auf Wanderschaft. In Sachsen suchten sie eine Verwandte des P. auf, übernachteten hier, entwendeten siebzehn Mark und kehrten nach Berlin zurück. Nach Hause zu gehen fürchteten sie sich. Man mußte leben und P. fand Mittel und Wege. Er eignete sich in einem Männerheim Papiere eines jungen Mannes an, mietete sich unter dessen Namen bei einer Bekannten ein und bestahl sie. Er entwendete bei zwei früheren Freunden die Fahrräder, indem er ihnen versprach, er wolle eine kleine Probefabrik machen, betrog einen Bekannten um einige Mark und wurde schließlich mit seinem Freund verhaftet und ins Untersuchungsgefängnis gesteckt. Das war vor zweieinhalb Monaten. Das Schöffengericht verurteilte beide Zwanzigjährigen zu je acht Monaten Gefängnis. In der

Urteilsbegründung sagte der Richter u. a., daß der moderne Strafvollzug, insbesondere das Jugendgefängnis, an den beiden jungen Leuten vielleicht die Erziehungsarbeit vollbringen werde, die bis jetzt an ihnen nicht gelungen sei; acht Monate Gefängnis wären zwar eine schwere Strafe, sie seien aber erforderlich, um den Erziehungsziel zu erfüllen. Die Untersuchungsanstalt von 2 1/2 Monaten wurde den jungen Leuten angedroht.

Die Absicht dieses Richters, eines durchaus sympathischen Menschen, war bestimmt gut. Er hätte aber das, was er über den Strafvollzug gesagt hat, nicht geäußert, wenn er den Jugendstrafvollzug wirklich gekannt hätte. So ist ihm anscheinend nicht bekannt, daß die Angeklagten überhaupt nicht ins Jugendgefängnis Kommiss kommen, da sie nur noch weniger als sechs Monate zu verbüßen haben, und daß im Gefängnis in der Lehrter Straße, in dessen Jugendabteilung sie die Strafe verbüßen werden, von erzieherischen Einwirkungen vorläufig noch keine Rede sein kann. Die Vergehen der beiden Zwanzigjährigen, so schlimm sie auch an und für sich sein mögen, unterscheiden sich jedoch von der üblichen Kriminalität dadurch, daß ihre Opfer nur ihre Bekannten waren. An fremdes Eigentum in eigenlichem Sinne wagten sie sich noch nicht heran. Das werden sie nun im Gefängnis lernen. So wäre es vielleicht richtig, ihnen in ganz kurzer Zeit Bewährungsfrist zuzubilligen — besonders gut das für I. — nachdem die Jugendgerichtsbilder für sie durch Vermittlung der Eltern Untertunft und vielleicht auch Arbeit gefunden haben wird.

Legende von der öffentlichen Verschwendung.

Sind die öffentlichen Kapitalanlagen an der Wirtschaftskrise schuld?

Wir haben uns schon einmal mit der von den Unternehmern und der Unternehmerpresse beliebten demagogischen Auslegung der vom Konjunkturinstitut veröffentlichten Studie über die „Kapitalbildung und Investitionen in der deutschen Volkswirtschaft 1924/28“ beschäftigt. Das geschah gegenüber der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, die mit dem Hinweis auf die sogenannte öffentliche Wirtschaft unter Zitierung dieser Arbeit unsere Enthaltungen über Milliarden von Fehlanlagen der privatkapitalistischen Wirtschaft glaubte, uns aufs Glatteis führen zu können. Die „D.A.Z.“ ist selbst dabei ausgerutscht. Sie hat nicht mehr geantwortet. Heute müssen wir uns gegen die Zeitschrift „Maschinenbau“ wenden, die

vom Verein deutscher Maschinenbauanstalten

herausgegeben wird. In Heft 14 vom 16. Juli 1931 finden wir nach einer Aufgliederung der Untersuchungsergebnisse des Konjunkturinstituts die Feststellung, daß die Expansionspolitik der öffentlichen Hand unmittelbar und mittelbar die Lage der Gesamtwirtschaft, die ohnedies durch die übrigen Eingriffe der öffentlichen Hand auf äußerste belastet wurde, in ganz besonderer Weise erschwert hat. An einer anderen Stelle wird behauptet, daß nahezu zwei Drittel der gesamten deutschen Sachkapitalbildung, soweit sie sich auf Neuanlagen erstreckte, durch die öffentliche Hand, das heißt außerhalb der Rentabilitätsrechnung der freien Wirtschaft erfolgt sei.

Auch die Zeitschrift „Maschinenbau“ stellt sich auf den Standpunkt, daß die entscheidende Ursache der Krisenverschärfung in Deutschland nicht im Gebiet des privaten Kapitals, sondern im Gebiet der öffentlichen Wirtschaft liegt. Sie unterstellt, daß die besondere Schädlichkeit der zunehmenden öffentlichen Kapitalanlagen darin begründet sei, daß sie sich außerhalb der Rentabilitätsberechnung der freien Wirtschaft bewege, was bedeutet, daß sie unrationell und — angesichts der vom „Maschinenbau“ gezogenen Konsequenzen — wirtschaftsgefährdend seien. Daß diese Feststellungen im gegenwärtigen Zeitpunkt getroffen werden, geschieht wahrscheinlich nicht ohne Absicht, hat aber auch im entgegengesetzten Fall die Wirkung, daß die öffentliche Wirtschaft und die öffentlichen Verwaltungen für den gegenwärtigen wirtschaftlichen Zusammenbruch verantwortlich erscheinen. Auch diese Art der Auswertung der Feststellung des Instituts für Konjunkturforschung ist eine Regendentilbildung über die Ursachen der gegenwärtigen kritischen Wirtschaftslage, die nicht hingenommen werden darf.

Zunächst ist die Gleichsetzung von nicht privatwirtschaftlicher Rentabilitätsprüfung und Unwirtschaftlichkeit, wie sie hier vorgenommen wird, unsachgemäß und in der Wirkung demagogisch.

Der Nachweis würde uns sehr interessieren, inwieweit die Kapitalanlagen zum Beispiel bei der Reichspost, der Reichsbahn, der ganzen kommunalen Versorgungswirtschaft und im Wohnungsbau etwa einer weniger erfolgreichen Rentabilitätsprüfung unterlegen haben, als das etwa der Fall war in der privatkapitalistischen Eisen-, Stahl-, Stickstoff-, Kunstdünger- und Textilindustrie.

Es kommt hier nicht auf Prinzipien an, sondern auf den Erfolg bei der Anwendung der Prinzipien. Dann möge uns der „Maschinenbau“ sagen, wie man beim Bau von Schulhäusern, Krankenhäusern, Bädern, Verwaltungsgebäuden, Polizei- und Militärkasernen, Universitäts- und Theatergebäuden, bei Wasserbauten, beim Straßenbau, bei den Kanalisationen und im Feuerlöschwesen eine Rentabilitätsprüfung überhaupt durchführen soll. Hier schon wegen des Fehlens der Rentabilitätsprüfung auf Unwirtschaftlichkeit und Verschwendung zu schließen, ist unverantwortlich.

Die Vermehrung der Kapitalanlagen bei den Reichs-, Länder- und Gemeindevewaltungen einfach so darzustellen, als ob hier von privater und öffentlicher Kapitalbildung in gegenständlicher Weise gesprochen werden kann, ist ebenfalls unsachgemäß und demagogisch. So ist nach der genannten Veröffentlichung des Konjunkturinstituts bei den neuen Kapitalanlagen der Gemeinden in den Jahren 1925 und 1927 festzustellen, daß allein 40,6 Prozent aller Neuanlagen auf den Straßenbau und die Förderung von Industrie, Handel und Landwirtschaft, 7 Prozent auf Kanalisation und Feuerlöschwesen, 22,4 Prozent auf das Wohnungswesen entfallen, zusammen also 70 Prozent der gesamten

Kapitalanlagen der Gemeinden, die entweder unmittelbar für die Privatwirtschaft lebensnotwendig sind oder, wie bei dem Wohnungsbau, normalerweise überhaupt zur privaten Kapitalbildung gerechnet werden müssen. Auch Schlacht- und Viehhöfe, Messe- und Markthallen, Hafenbetriebe sind zum größten Teil Kapitalanlagen für die Privatwirtschaft. Will man das etwa für die Leipziger Messe bestreiten, die hundertprozentig der Privatwirtschaft dient? Nur 24 Prozent aller neuen kommunalen Kapitalanlagen dienten der allgemeinen Verwaltung, für Polizei, Schulen und das gesamte Wohlfahrtswesen, wobei noch die produktive Erwerbslosenfürsorge mit eingerechnet ist!

Falsch ist auch die Feststellung, daß in der öffentlichen Verwaltungswirtschaft zu viel Kapital auf Kosten der privaten Wirtschaft verbraucht worden sei.

Auf Seite 204 der genannten Arbeit wird für die Verwaltungswirtschaft der Gemeinden (Wohnungsbau ausgenommen) festgestellt, daß im Jahre 1928 gegen das Vorjahr die Kapitalanlagen um 3 Proz. gestiegen sind. Die Neuanlagen der gesamten Industrie (Neuanlagen) stiegen in der gleichen Zeit um 14 Prozent, sie erhöhten sich in der Bergbau- und Hüttenindustrie um 24 Prozent und bei Chemie Erdöl und Kali um 73 Prozent! (Seite 76.)

Der „Maschinenbau“ kommt zu seinen ganzen Ergebnissen nur deshalb, weil er unvergleichbare Dinge einander gegenüberstellt. Wo aber die Kapitalanlagen relativ vergleichbar sind, zeigt sich eine

viel größere Neuanlage von Kapital in der privaten Industrie als in der öffentlichen Wirtschaft.

Von 1926 bis 1928 sind die Neuanlagen in der privaten Industrie um 112 Prozent gestiegen, in der öffentlichen Elektrizitäts-, Gas- und Wasserversorgung nur um 18 Prozent, und in der öffentlichen Verkehrswirtschaft sind die Kapitalanlagen sogar um 5 Prozent in dieser Zeit gesunken!

Man sieht, die ganze Arbeit des „Maschinenbau“ ist letztlich auf die Erzielung einer Wirkung abgestellt, die sich aus ziffermäßigen Feststellungen der Arbeit des Konjunkturinstituts, wenn sachgemäß verfahren wird, nicht rechtfertigen läßt.

Vor allen Dingen aber liegt auch im Größenausmaß der öffentlichen gegenüber der privaten Kapitalbildung eine Irreführung vor, die zum Teil allerdings auch durch das Konjunkturinstitut verschuldet ist.

Es ist unsachlich, wenn der „Maschinenbau“ verschweigt, daß in der gesamten öffentlichen Wirtschaft, vor allem auf dem Gebiet des Wohnungsbau und der öffentlichen Verwaltung von 1914 bis 1924 neue Kapitalanlagen überhaupt kaum vorgenommen worden sind und daß von 1924 bis 1928 notwendige Rückstände aus zehn Jahren ausgefüllt werden mußten, während in der Privatwirtschaft von 1914 bis 1924, und zwar gerade in der Inflationszeit, eine ungeheuerliche Kapitalinvestition vorgenommen wurde. Wer diese Tatsache verschweigt, es aber so darstellt, als ob die Kapitalanlagen in der öffentlichen Wirtschafts- und Verwaltungssphäre die private Wirtschaft an der Entwicklung gehindert und schließlich in die jetzige Krise hineingetrieben habe, der treibt böswärtige Regendentilbildung.

Wir bedauern sehr, daß wir dem „Maschinenbau“, der bisher von uns in wirtschaftspolitischen Dingen gern als ernste Zeitschrift betrachtet worden ist, diesen Vorwurf nicht ersparen können.

Noch eine Bremer Pleite.

Schon wieder kommt aus Bremen eine Nachricht über eine neue — wenn auch kleinere Pleite. Die Schiffswerft und Maschinenfabrik J. Frerichs u. Co. A.-G., Osterholz-Scharmbeck (nicht zu verwechseln mit der Frerichswerft, Einswarden), muß am 8. August der Generalversammlung bekanntgeben, daß mehr als die Hälfte des Aktienkapitals (0,5 Millionen Mark) verloren ist. Die Mehrheit des Aktienkapitals ist im vorigen Jahre aus dem Besitz des Gebr.-Stumm-Konzerns in den Besitz der Westfälischen Bergbau- und Kohlenverwertungs-A.-G., der Bremer Finanzleute nahesteht, übergegangen.

Abschluß im Lokomotivbau.

Wieder keiner Verlust bei Henschel & Sohn, Kassel.

Die Henschel u. Sohn A.-G., Kassel, schließt das Geschäftsjahr 1930 mit einem Verlust von 1,49 Millionen Mark (im Vorjahr 2,04 Millionen Mark Verlust) ab. Der Verlust, der durch die offenen Reserven (2,46 Millionen Mark) noch überdeckt ist, wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Die Beschäftigung im Lokomotivbau war schlecht. Für die Reichsbahn wurden 18 Lokomotiven und 11 Schleppender hergestellt. Der Export, der nach allen Erdteilen außer Nordamerika ging, genügte nicht, um die Anlagen auch nur annähernd auszunutzen. Auch das Geschäft in Lastkraftwagen und Omnibussen war schlecht, besonders infolge der geringen Aufträge der öffentlichen Stellen. Der Gesamtumsatz war im Jahre 1930 um 15 Prozent niedriger als im Jahre 1929.

Die Bilanzjiffern sind wesentlich durch den Verkauf der Henschelwerke beeinflusst worden. Die Warenvorräte sind mit 12,15 Millionen Mark wesentlich niedriger ausgewiesen als im Vorjahr (23,5 Millionen Mark), vor allem infolge „sehr vorläufiger“ Bewertung. Die Forderungen sind von 55,4 auf 63,4 Millionen Mark gestiegen, die Schulden von 42,3 auf 33 Millionen Mark zurückgegangen. Der Posten Anzahlungen, Rückstellungen und Verbindlichkeiten von 12,6 Millionen Mark enthält überwiegend Rückstellungen.

Allem Anschein sind sämtliche Aktiven vorsichtig bewertet, so daß erhebliche stille Reserven vorhanden sein dürften. Trotz der wiederholten Verlustausweise scheint die Lage des Unternehmens nicht schlecht zu sein; es sind auch in diesem Jahr erhebliche Summen

über Unkostenkonto für Verbesserung der Anlagen ausgegeben worden. Vielleicht sähe der Abschluß anders aus, wenn nicht das ganze Aktienkapital von 45 Millionen Mark im Besitz der Familie Henschel wäre.

Im neuen Jahr hat die Henschel u. Sohn A.-G. den ganzen Lokomotivbau der hannoverschen Maschinenbau A.-G. (Hanomag) übernommen. Der Anteil an den Reichsbahn aufträgen hat sich daher für 1931 auf 34 Lokomotiven erhöht.

U.S.A.-Eroberungen.

Neues Interesse für deutsche Elektrizitätswerke.

Die „New York Times“ melden, daß sich einige amerikanische Finanzleute nach Europa begeben, um sich mit der Frage der direkten Beteiligung an verschiedenen deutschen Elektrizitäts- und Gasunternehmen zu befassen. Es soll sich dabei in der Hauptsache um solche Anlagen handeln, die gegenwärtig deutschen Gemeinden gehören.

Wenn sich auch die Richtigkeit dieser Meldung im Augenblick nicht feststellen läßt, so kommt ihr doch einige Wahrscheinlichkeit zu. Daß die Amerikaner in der Erwerbung gerade elektrischer Unternehmen eine außerordentlich rentable Kapitalanlage sehen, daß sie insbesondere der Meinung sind, die deutschen Elektrizitätsunternehmen könnten bei geeigneten Tarifen noch außerordentlich entwickelt werden, ist bekannt.

Zweifelloso wäre der gegenwärtige Augenblick zu solchen Eroberungen für die Amerikaner günstig, und die Amerikaner hoffen, daß sie jetzt derartige Erwerbungen billiger als jemals vornehmen können. Ebenso ist die Situation vom deutschen Standpunkt aus gerade in diesem Augenblick ausgesprochen ungünstig. Die beiden wichtigsten Positionen, die sich das amerikanische Finanzkapital in der deutschen Elektrizitätswirtschaft in der letzten Zeit geschaffen hat, sind die Beteiligungen an den Vereinigten Elektrizitätswerken Westfalen und an der Berliner Kraft und Licht A.-G. Es wäre zu wünschen, daß in absehbarer Zeit keine wesentlichen weiteren Erwerbungen der Amerikaner hinzukommen, denn eine Festlegung amerikanischen Kapitals in einzelnen deutschen Energiezentren würde die Aufrechterhaltung der noch immer festzustellenden gegenwärtigen Zersplitterung auf elektrizitätswirtschaftlichem Gebiete zur Folge haben.

Zu wünschen wäre vielmehr, daß die deutschen Gemeinden sich schleunigst darüber schlüssig würden, in welcher Organisationsform und in Gemeinschaft mit welchen größeren Versorgungssystemen ihre Elektrizitäts- und gegebenenfalls auch Gaswerke umfassenderen Gruppen eingegliedert werden sollen. Denn nur dann, wenn die Voraussetzungen für eine weitere Vereinheitlichung der deutschen Elektrizitätswirtschaft unter Aufsicht der öffentlichen Hand gegeben sind, ist die Heranziehung ausländischen Kapitals zur weiteren Finanzierung dieser Unternehmen zweckmäßig.

Rheinische Girozentrale in Köln.

Auf Grund einer Vereinbarung mit dem Rheinisch-Westfälischen Sparkassenverband und der Landesbank der Rheinprovinz wurde am 21. Juli in Köln unter der Bezeichnung „Rheinische Girozentrale, Köln“, eine Zweiganstalt der Deutschen Girozentrale — Deutsche Kommunalbank errichtet. Die Geschäftsräume dieser Zweiganstalt befinden sich in Köln, Hansaring. Die Zweiganstalt übernimmt mit sofortiger Wirkung die Funktionen einer Girozentrale für die gesamte Rheinprovinz, die bisher von der Landesbank der Rheinprovinz, Düsseldorf, ausgeübt wurden.

Juni-Abfall des Ruhrignidkats. Koks-Abfall etwas höher. Der Gesamtabsatz des Rheinisch-Westfälischen Kohlenignidkats belief sich im Juni auf 6,84 Millionen Tonnen gegen 6,87 Millionen Tonnen im Mai. Arbeitstäglich ging der Abfall von 286 000 auf 276 000 Tonnen oder um 3,6 Proz. zurück; gegenüber Juni vorigen Jahres betrug der Rückgang 16,4 Proz. Für Rechnung des Ignidkats wurden an Koble ins umfrittene Gebiet im Juni 1,60 (im Mai 1,61) Millionen Tonnen, ins befristete Gebiet 1,86 (1,92) Millionen Tonnen abgesetzt. Der Abfall an Koks liegt insgesamt von 0,82 auf 0,90 Millionen Tonnen, das sind folgendermaßen 14 Proz. mehr als im Vormonat, aber immer noch 17 Proz. weniger als im Juni vorigen Jahres. Die Steigerung des Koksabfalles entfällt ausschließlich auf das befristete Gebiet.

NAAG nach der Sanierung.

Kleiner Reingewinn, aber nur nach Auflösung von Reserven.

Die Nationale Automobil-Gesellschaft A.-G., Berlin-Oberschöneweide, legt den Abschluß und den Bericht für das Geschäftsjahr 1930 vor. Im Oktober vorigen Jahres wurde eine gründliche Sanierung des Unternehmens durchgeführt, als die Verluste bis Ende des Geschäftsjahres 1929 die Höhe von 14 Mill. M. erreicht hatten. Damals wurde das Kapital im Verhältnis 10:1, von 17 auf 1,7 Mill. M. zusammengelegt und wieder auf 6 Mill. M. erhöht. Dadurch wurden die Verluste getilgt und starke Sonderabreibungen auf die Vorräte ermöglicht. Den größten Teil des Aktienkapitals besitzt die U.G.

Das erste Geschäftsjahr nach der Sanierung fiel in die Zeit schlechtesten Geschäftsganges. Die NAAG wurde davon um so mehr betroffen, als gerade ihre Erzeugnisse zu den Kraftfahrzeuggruppen gehören, in denen der Absatzrückgang über den Durchschnitt hinausging. Das gilt sowohl für die großen und teuren Personkraftwagen wie für die schweren Lastkraftwagen, da im Jahre 1930 ganz allgemein eine Abwanderung zu leichten und billigen Wagen vor sich ging. Dementsprechend war auch nur der Abfall in leichten Last- und Lieferwagen zufriedenstellend. Die Fahrradproduktion des Chemnitzer Wertes ist zurückgegangen, da der Abfall von Fahrrädern infolge der großen Arbeitslosigkeit weiter zunahm.

Angaben über den Gesamtumsatz, der im Jahre 1929 noch 40 Mill. M. betrug, werden nicht gemacht; die Annahme, daß er sich wie bei Wülfing etwa halbiert haben dürfte (also rund

20 Mill. M. betragen hat), wird etwa das Richtige treffen. Der Bruttogewinn ist von 4,1 auf 3,56 Mill. M. zurückgegangen. Wenn auch die Unkosten sehr stark von 6,3 auf 4,1 Mill. Mark herabgedrückt werden konnten und außer den Abschreibungen auf Anlagen (0,67 Mill.) keine Sonderabreibungen nötig waren, müßte doch der Dispositions-Fonds, eine bei der Sanierung geschaffene Reserve, in die Erfolgsrechnung eingestellt werden, um sie auszugleichen. Der minimale Reingewinn von 27 000 M. wird vorgetragen.

In der Bilanz sind die Ziffern für die Anlagen kaum verändert. Die Forderungen haben sich von 3,4 auf 4,1 Mill. M. erhöht, aber der Wert des Warenlagers konnte nur geringfügig, von 11,45 auf 10,87 Mill. M. herabgedrückt werden. Die Schulden sind zwar von 17,2 auf 13,8 Millionen Mark zurückgegangen, sind aber immer noch im Verhältnis zum Kapital (6 Mill. M.; daneben Obligationen 7,04 Mill. M.) sehr hoch.

Im neuen Geschäftsjahr haben sich die Absatzverhältnisse nicht gebessert. Mit Wirkung ab 1. Januar dieses Jahres wurde die gesamte Lastwagenproduktion auf die Wülfing-NAAG, Vereinigte Kraftwagen A.-G. übertragen. Das ist so ziemlich der einzige Schritt (unter Mitwirkung von Jakob Goldschmidt) auf dem Wege zur Zusammenfassung der zersplitterten deutschen Automobilproduktion geblieben, auf dem Wege, der allein eine Gesundung der deutschen Autoindustrie zu bringen verspricht.

Stadt der Lumpenjammler

Eine der sonderbarsten Stadtgründungen, die wohl jemals durchgeführt worden sind, ist jetzt dem Untergang anheimgefallen, nämlich die Stadt der Lumpenjammler in Newark. Sie entstand noch in den Tagen der wirtschaftlichen Hochblüte in den Vereinigten Staaten und war ein Beweis dafür, daß eine ganze Gemeinde von Abfällen zu leben vermag, die ihre Mitbürger achtlos fortwerfen. Daß diese Gemeinschaft zu einem richtigen Stadtwesen wurde, verdankte sie der Energie einer einzigen Persönlichkeit, eines Mannes, der sich John Connolly nannte und den Titel „Bürgermeister der Connolly-Stadt“ annahm. Newark ist eine lebhaft entwickelte Industriestadt mit mehr als einer halben Million Einwohner im Staate New Jersey und kann mit der Untergrundbahn von New York aus erreicht werden.

Im Laufe der Jahre war auf den Wiesen in der Nähe des Lufthafens von Newark eine riesige Abfallstätte entstanden, deren Ausbeutung sich herumlungende Nichtstuer und verarmte Unglückliche angelegen sein ließen. Nicht nur alte Konservendbüchsen und ausgediente Regenschirme fand man hier, sondern auch mancherlei Nahrungsmittel und gelegentlich einen ganzen Kraftwagen, der nicht mehr brauchbar und daher auf die Müllhaufen geworfen worden war.

Die Lumpenjammler von Newark lebten sorglos und frei in den Tag hinein, bis vor drei Jahren ein Fremder unter ihnen erschien. Dieser Mann in mittleren Jahren, dem eine üppige braune Haartrone und ein reicher Bart schon ein gewisses Ansehen verliehen, machte sich binnen wenigen Tagen zum Herren der Lumpenjammlergemeinde. Er zeigte die Stärke eines Herkules und die Weisheit eines Nestors und imponierte den Kameraden besonders durch großartige Aussprüche, bei denen er den Namen eines gewissen William Shakespeare zitierte. Keiner aus dem kleinen Staat wußte etwas von der Existenz dieses großen Dichters, und so verbreitete sich die Meinung, dieser Shakespeare sei irgendein Beherrschter der Unterwelt in New York, ein „zweiter Capone“, als dessen Abgesandter Connolly unter ihnen aufgetaucht sei, um in Newark eine neue Organisation der Unterwelt durchzuführen. Doch nicht nur durch seine Shakespeare-Zitate imponierte der neue Mann, sondern auch durch seine Tüchtigkeit, und einige Zeit ging er mit der verschmollenen Augen und einer schwer beschädigten Nase herum, die er aus Boxkämpfen mit widerspenstigen Bürgern der Lumpenjammlerschaft bonangetragen hatte. Aber er blieb Sieger, und nachdem er die gefährlichsten Gesellen zur Vernunft gebracht hatte, herrschte er un-

beschränkt und erwies sich als ein ebenso guter und tatkräftiger Freund wie ein gestrenger Herr.

Die Polizei hatte bald in ihm einen Verbündeten erkannt und ließ ihm freie Hand in der Einrichtung seiner Gemeinde und im Aufbau seiner Stadt. Connolly brachte Ordnung und Sicherheit in das bis dahin so regellose Leben auf der Abfallstätte. Er veranlaßte die Errichtung einer Stadt, der er seinen Namen gab. Er mochte wohl im Weltkrieg das Aufwerfen von Gräben gelernt haben, denn die Technik, die er anwendete, war die, die in den Unterständen und Schützengräben der Schlachtfelder ausgebildet worden war. Er ließ Tunnel graben, die sich in kleine Räume öffneten, und so entstand eine unterirdische Ansiedlung, die ganz aus Abfällen angelegt wurde. Holz für die Türen war genügend vorhanden, alle Bettstellen und Matratzen dienten als Ruhelager, und sogar genug Farbe fand man unter dem Müll, um die Heime der Höhlenbewohner in bunten Tönen auszumalen. Wie ein ungeheurer Ameisenhaufen stellte sich die Lumpenjammlerstadt den verwundernden Blicken der Besucher dar, und schon von fern war die Siedlung erkennbar an den dünnen Rauchwirbeln, die aus den kaum die Erde überragenden Schornsteinen hervorströmten.

Der „Bürgermeister“ gab Gesetze und Verordnungen. Diebstahl war verboten, jeder Bürger erhielt einen bestimmten Teil der Abfallhaufen zuerkannt, um sich aus ihm zu ernähren. Eine Steuer von 20 Proz. von allem Geld, das erworben wurde, diente zur Unterhaltung der Stadt. Der Wohlstand Connollys unterschied sich von dem der andern durch Silber an den Wänden und eine Bücherei. Besonders stolz war er auf die Ansichten von Rheinschlößern, mit denen er seinen Unterstand ausgefüllt hatte, und seine Bibliothek enthielt die Werke verschiedener Klassiker, in erster Linie ein zerlesenes Stück der Dichtungen seines Lieblingsautors Shakespeare. So herrschte er wie ein feudaler Baron über seine Lehmannen; er hatte seinen eigenen Barbier, und zwei Schneider, die einst bessere Tage gesehen hatten, sorgten für die tadellose Instandhaltung seiner sieben Anzüge, die aus dem Abfall stammten. Auch ein „guter Tropfen“ fehlte nicht bei festlichen Gelegenheiten. Connolly ließ sich sogar einen Sommerfrüh auf der Erdoberfläche anlegen, dessen viel bewunderten Stolz ein dem Müll entzifferter Schaukasten bildete. Die Polizei hatte gegen diese felsame Siedlung nichts einzuwenden, wohl aber die Gesundheitsbehörde, und diese legte die Entfernung des Mülls von den Wiesen und damit auch die Vernichtung der Lumpenjammlerstadt durch.

geben können. Da hätte er sich in seiner Not entschlossen, ein geeignetes Quartier ausfindig zu machen. Zunächst habe er von Tür zu Tür gebettelt. An meiner Tür sei ihm nie geöffnet worden, obwohl er zu verschiedenen Tageszeiten vorgeschrien habe. Einem Dienstmädchen im Haus habe er gesagt, er habe eine Bestellung für mich und so hätte er erfahren, daß ich verreist sei. Bis gelernter Schloffer sei es ihm ein leichtes gewesen, die verschlossenen Türen zu öffnen. Gestohlen habe er nichts. Nur Lebensmittel aus dem Küchenschrank habe er sich angeeignet. Am zweiten Tag seines Aufenthalts in der Wohnung sei ihm dann sein Mädchen zugestanden. Er habe nicht gewagt, jemand etwas davon zu sagen, weil er ja eingebracht und sich vor der Strafe gefürchtet habe. Da alle Angaben stimmten und irgendwelche weiteren Anzeigen nicht vorgelegt hätten, habe der Schnellrichter ein Einsehen gehabt und den armen Kerl mit ein paar Wochen Gefängnis und Bewährungsfrist durchzusehen lassen.

Dies ist eine jener traurigen Geschichten, eigentlich ohne rechten Anfang und ohne richtiges Ende, wie sie kein Dichter, sondern das Leben selbst dichtet.

Paul Behlau: Tumla

Tumla lag auf dem Bauch und stützte den Kopf in beide Hände. Dem Südwestwind sah er entgegen, nach dem Waibe am jenseitigen Ufer der Wajui, wo Eichhörnchen in den Kronen herumhüpfen, sich neuten und die Rester erneuern. O, dieser Südwestwind! Wenn er während des kurzen Sommers von den Kirgisischen Steppen her über die Tundren strich, war ein Leben darin, das einfach die Todesstarre des Polarwinters wegblies. Fast über Nacht war das harte Steppengras hochgekommen. Tumla spürte die Verdunstung des Windes in seinen Knochen. Er sprang auf und schnüffelte ihm wie ein Hund entgegen. Dann legte er sich wieder hin und lag stundenlang. Westwärts über die Steppen, über den Ural ging sein Träumen, nach einem Lande, das so fern war, daß es nur noch als ein Märchen in ihm lebte. Ein Wort formte sich ihm zuweilen. Das kam schwer und fremd klingend über seine Lippen: „Deutschland“. Der Krieg lag schon bis zur Unwirklichkeit hinter ihm. Aber die Erinnerung an warme Sommernächte, an helle, freundliche Mädchen war lebendiger als je. Er schämte, wenn die Erinnerung übermächtig wurde, und sah mit starren Augen in den Horizont, als sähe er dort Zauberbilder.

Aus Hans Wiedemann war Tumla geworden. Seit zehn Jahren, als er aus dem Strafgefängnislager von Tururhanik nach der Mandtschurei hatte fliehen wollen und todkrank den Jakuten in die Hände gefallen war, lebte er bei ihnen und war selbst Jakute. Ihm gefiel das freie, wilde Leben der Bergjäger. An ihre Sitten hatte er sich bald gewöhnt. Und wenn er auch in der ersten Zeit nach Gelegenheit gesucht hatte, zu entkommen, so hatte er es doch bald aufgegeben. Die unendlichen Weiten schreckten ihn.

Aber nun: Schiffe sollten kommen, Schiffe aus Europa. Janka, das Jakutenweib, weckte ihn aus seinen Träumen. Sie hatte sich gewaschen und das schwarze Haar frisch gewickelt, daß es in der Sonne glänzte. Sie legte sich neben ihn und preßte ihren Körper an den seinen. Tumla drehte nur den Kopf und sah wieder in die Weite. „Du denkst nicht mehr an mich, Tumla!“ sagte sie betrübt. Tumla schwieg lange. „Wenn die Sonne am höchsten steht, werden Schiffe in der Mündung des großen Flusses sein. Der Stamm rüstet schon. Richte auch mein Boot.“ sagte er endlich. Das Weib sprang auf. „Was willst du?“ Sie zitterte an ganzen Körper. Tumla antwortete nicht. „Du sollst nicht nach den Schiffen, hörst du! Ich werde Holz bitten, unsere Felle einzutauschen.“ Nun erhob sich auch Tumla. Er war bloß. In seinen Augen war etwas von der Weite der Steppen. „Geh, Janka, hole mir das Holz!“ er sagte. „Ich werde einen Boot für die Fahrt schießen.“ Sie ging gehorham, das Gemehr zu holen. Und während Tumla im Walde herumstrich, machte sie das Boot fertig für die große Reise.

Kein Wort sprach Tumla mehr. Die Eisenschwäre drückte ihn die Trennung von seiner wackeren Gefährtin. Für beide kam eine schlaflose Nacht. Tief im Norden ging die trübe Mitternachtssonne ihren Weg. Als sie sich aus dem Dunst des Horizonts erhob, war sich das Weib plötzlich über Tumla. „Nimm mich mit, nur bis zu den Schiffen!“

„Das geht nicht; es sind tausend Meilen.“

„Du kommst nicht wieder; ich weiß das nun.“ Sie weinte laut. Tumla entzog sich ihren starken Armen. Gewaltig mußte er niedergewungen, was ihn mit dem Weibe verleitete. Nein, er mußte fort. „Schweig, Janka! Es ist kein Gelächter für Weiber!“

Janka besah das Boot. Aber auch das schwache Weib richtete sie her. „Was soll das?“ fragte Tumla barsch. „Für mich!“ antwortete das Weib. Tumla preßte die Lippen zusammen. Er nahm sie mit in sein Boot und hofft dabei, sie weiter unterhalb an der Lena bei ihrem Stamme absetzen zu können.

In wenigen Tagen trug die schnelle Wajui das Boot nach dem großen Strome. Die Ufer waren still. Es erwies sich, daß die Jakutenstämme schon nach Norden gezogen waren, um Balun zu Lande zu erreichen. Mehr und mehr wichen die flachen Ufer des mächtigen Flusses zurück. Der Strom dehnte sich stellenweise zu unüberdickbaren Seen. Trüge wälzten sich die lehmigen Klüften meermwärts. Das Treiben lang und trübselig. Tumla und Janka lösten sich ab, aber Janka schloß kaum, wenn sie ruhte. Sie kauerte dann am Ruder und sah stumpf vor sich hin. „Sieh die blanken Röhren, Janka! Das Meer ist nicht mehr weit.“ sagte Tumla, als vor ihnen zur Linken Hand Balun auftauchte. Janka seufzte. „Ich werde dir ein schönes Kopftuch kaufen.“ sprach er weiter. Da sah Janka den Röhren nach, die landeinwärts flogen, und weinte still in sich hinein.

Zwei Tagereisen unterhalb von Balun zeigte sie plötzlich aufgeregt nach Norden. Mächtige Rauchwolken stiegen fern in die unbewegte Luft. Tumla wurde bloß. Wie, um den Abstand zwischen ihm und den Rauchfahnen zu verringern, beugte er sich weit über den Bootsrund hinaus. Dann sank er zitternd auf ein Füllbündel. Janka ergriff die Riemen. Aber Tumla entriß sie ihr und stemmte sich selbst hinein, daß sie zu zerbrechen drohen. Der Bug sprang auf. Schneller glitt das Boot zwischen den Eischollen hin. Da schrie Janka gellend auf: „Das Eis, das Eis!“

Es war schon zu spät. Ein Krachen schloß unter ihnen. Das Boot war erlöst von den Jakenrändern zweier Eisfelder, die wie Zahnräder alles fraßen, was in ihren Bereich kam. Zur Hälfte bäumte sich das Boot auf, sank zerbrochen zurück und wurde zerrieben. Während Janka Zelt gefunden hatte, auf das Eis zu springen, fiel Tumla rücklings neben die Rinne. Er wäre hineingeglitten, wenn Janka ihn nicht gehalten hätte. Er sprang auf und lief wie ein Unsiniger um das Eisfeld herum. Kein Weg über Wasser. Er schrie, winkte, rief die Felljäger vom Körper und schwankte sie. Janka trat zu ihm. „Sichst du nicht, Tumla die Schiffe sind fort.“ Er suchte vergeblich den Horizont ab. Hoch im Norden, wo der rötliche Abendhimmel sich in kaum sichtbaren Linien mit den Eisfeldern vereinte, wurden die Schiffe klein wie Punkte. Todesangst war wieder ringsumher. Da laut Tumla zusammen. Janka setzte sich auf einen Packeisblock und zog den Kopf Tumlas auf ihren Schoß. Und langsam trug der Fluß seine Eisfelder ins Meer.

„Leb wohl, Maria, schlaf dich aus!“

Von Gideon Göße

Das seltsamste Erlebnis meiner letzten Jahre überfiel mich im vergangenen Sommer. Es ist zwar eine mehr traurige als lustige Geschichte, was meine Lesarten und Leser hoffentlich nicht bestimmen wird. Aber sie ist nun einmal so vorgefallen, wie ich sie hier erzähle. Das Leben ist ja häufig mehr zum Weinen als zum Lachen!

Ich besand mich gerade auf einer Nordlandreise irgendwo in einem weitabgelegenen Norwegener Tal, als mich das Telegramm meines Berliner Pressebüros erreichte: „Jahrel für uns ratsamung Genf, drahtet durchreise Berlin.“ Ich wurde ärgerlich. Konnte man nirgends für ein paar Tage Ruhe haben? Aber natürlich fuhr ich sofort ab. Solche Aufträge sind bekanntlich dünn gesät. Während der Nacht des nächsten Tages traf ich in Berlin ein.

Den Weg vom Sietzener Bahnhof bis zu meiner ständigen Berliner Wohnung in einer ruhigen Gegend Bestands legte ich per Auto zurück. Es ging ziemlich schnell. Die vier Treppen Fahrstuhl hatte ich ebenfalls rasch überstanden. Nun kam noch die fünfte Treppe zu Fuß. Ganz hinauf reichte nämlich der Fahrstuhl nicht. Meine Behausung war ein stiller Atelier im oberen Stock, das ich einem Maler-Freund abgemietet hatte, der sich irgendwo in der Südsee herumtrieb.

In meiner kleinen Wohnung, bestehend aus dem eigentlichen Atelierraum mit weißer Glaswand und zwei geräumigen Kammern, von denen die eine als Küche, die andere als Schlafgemach diente, hatte ich stets viel Freude. Von der Straße herauf drang kein Laut, so daß ich gut arbeiten konnte. Und auch vom Treppenturm kamen keine störenden Geräusche. Meine Behausung war durch eine festlichende, eiserne Bodentür sowie noch durch die eigentliche Wohnungstür schalldicht abgeschlossen. So sehr ich jedoch meist diese Ruhe schätzte, mitunter vermißte ich sie. Wenn zum Beispiel Einbrecher kämen, dachte ich oft. Man würde mich nicht einmal hören, wenn ich um Hilfe schrie. Solche Anwandlungen schob ich aber immer wieder rasch beiseite. Wer sollte auch auf den ausgefallenen Gedanken kommen, bei mir Kostbarkeiten zu suchen?

So ähnlich dachte ich auch, als ich in jener Nacht die letzte Treppe emporstieg und unterwegs die automatische Treppenhauseleuchtung ausging. Ganz oben war kein Lichtschalter. Und da ich unglücklicherweise auch keine Streichhölzer bei mir hatte, mußte ich im Finstern die eiserne und die Wohnungstür aufschließen. Als ich dann das Licht im Atelierraum antippen konnte, fiel alle Furcht sogleich von mir ab. Es war ja alles in bester Ordnung. Jedes Möbelstück stand unverrückt an seinem Platze. Ich sagte zu mir selbst: Du bist müde und überreizt, mein Lieber!

Am Atelier, das mir als Wohn- und Arbeitszimmer diente, setzte ich mich nieder, um einen vom Bahnhofsbüffel mitgebrachten Imbiß zu verzehren. Während ich aß, kam mir zum Bewußtsein, daß die Luft im Raum schlecht sei, weshalb ich nach den Atelierfenstern sah. Es machte mich stuhig, daß beide in die Glaswand eingelassenen Flügel geschlossen waren. Ich entsann mich genau, daß ich sie vor meiner Abreise geöffnet hatte in der Überzeugung, daß es ja bei schlechtem Wetter nicht hereinregnen könne, weil die Fenster beim Öffnen an der unteren Kante nach außen gestützt werden mußten. Ob wohl der Hauswirt in meiner Abwesenheit in die allernächste Wohnung gegangen war? Aber ich hatte ihm ja gar keine Schlüssel gegeben! Oder täuschte ich mich mit den Fenstern am Ende doch?

Ich war zu müde, um über dieses Rätsels Lösung nachzugrübeln und darum schlurte ich gähmend nach meinem Schlafraum, den ich bis dahin noch nicht betreten hatte. Das Bett ist doch eine herrliche Einrichtung dachte ich. Ich würde mich ausschlafen können bis 9 Uhr in der Früh. Und dann würde ich zum Büro gehen und ein möglichst hohes Honorar für Genf herausholen. Ranu, stel mir auf, noch es hier nicht nach Blumen, nach Mailöschchen und nach... Rosen? Und war dieser Blumenduft nicht durchsicht mit einem anderen Geruch, beengend und atemraubend? Wie schon oft hatte ich zum Ausleben kein Licht gemacht. Jetzt beiste ich mich, nach dem Lichtschalter zu tasten. Die Deckenbeleuchtung stimmte auf. Aber da war ja doch alles richtig. Der Kleiderkasten stand in seiner Ecke und der Wachsitzspiegel bligte wie immer. Auf dem Nach-

schränkchen lagen noch die paar Bücher, in denen ich vor meiner Abreise des Nachts im Bett gelesen hatte. Doch um Gottes willen, was war das? Da lag ja jemand in meinem Bett und schlief! Es war eine Frau. Nein, nein, diese Frau schlief nicht. So sah kein schlafender Mensch aus, so wachern, so reglos und sah. Die Frau war... tot!!

Im ersten Schrecken und voll Entsetzen war ich in den Atelierraum gelaufen, hatte mir das dort abgelegte Jackett übergeworfen und wollte hinunterrennen auf die Straße, um Hilfe herbeizurufen. Doch dann schaute ich mich ab meines topflosen Benehmens. „In deinem Bett liegt ein Mensch, der tot ist“, redete ich auf mich selber ein. „Halt du jemals erlebt, daß dir ein toter Mensch etwas getan hat? Nein. Also sieh zuerst zu, was eigentlich los ist. Das bist du dir und der Sache schuldig!“

Ich überwand mich und ging wieder hinein in das Schlafzimmer. Und bald begriff ich meine erste panische Furcht selbst nicht mehr. In meinem Bett lag ein totes Mädchen, das etwas über 20 Jahre alt sein mochte. Das Gesicht hatte jenen steinernen Ausdruck vollkommener und unnahbarer Ruhe, wie ihn nur der Tod in ein Menschenantlitz meißeln kann. Aber an diesem toten Mädchen war kein Verbrechen geschehen. Auf die schwarzen, in der Mitte geschickelten Haare lag ein ungeschick zusammengewundener Kranz von Mailöschchen gedrückt. Die Augen mußte eine fürsorgliche Hand geschlossen haben. Der Körper war mit einem weißen Nachthemd als Sterbekleid umhüllt, das meinem Wäschebündel entstammte. Und bis zur Brust war das tote Mädchen mit einem frischen Leintuch zugedeckt. Die müden Hände waren über einem kleinen Strauch roter Rosen gefaltet, die noch nicht verweltet waren. Und zwischen den Rosen ragte ein Zettel hervor, auf dem ich mit Bleistift hingetragene Schriftzeichen erlesete. Zerkümmert nahm ich das Papier an mich. Und ich las die Worte: „Leb wohl, Maria. Schlaf dich aus!“ Nein, nein, der Mensch, der diese erschütternden Worte geschrieben hatte, war eines Verbrechens nicht fähig. Vielleicht war das Mädchen auf den Tod krank gewesen. Vielleicht hatte es obdanks auf der Straße gelegen. Vielleicht hatte ihr Liebestor einen Ort gesucht, wo sie in Ruhe hatte sterben können. Die Gedanken arbeiteten in meinem Hirn als Vermutungen, die mit schwarze Vögel über einen dunklen Himmel flatterten. Vielleicht... Vielleicht... Gewiß war nur jener gewaltige Friede, der aus dem Antlitz des toten Mädchens strahlte.

Was nunmehr folgte, ist in Kürze erzählt. Ich begab mich zur nächsten Polizeiwache, wo der wachhabende Beamte die Nordkommission alarmierte. Am Totenlager in meinem Schlafzimmer stellte dann der Gerichtsarzt fest, daß das Mädchen an gallierender Schwindsucht vor knapp 24 Stunden gestorben sei. Unfallpunkte, wer die Tote und der Mensch der sie so liebevoll auf meinem Bett aufgebahrt hatte, waren konnten nicht ermittelt werden. Ich selbst wies ohne Schwierigkeiten nach, daß ich erst vor einer Stunde in Berlin angekommen war. Der Leichnam wurde am anderen Tage zur Beerdigung freigegeben. Ich schlief die Nacht über in einem Hotel.

Das Begräbnis fand zwei Tage später von der Leichenhalle des Park-Friedhofes aus statt, wohin man den Leichnam gebracht hatte. Leider habe ich nicht mehr daran teilnehmen können, weil ich mich zu dieser Zeit bereits unterwegs nach Genf befand.

Als ich nach mehrwöchiger Abwesenheit wieder zurückgekehrt war, erzählte mir der Kriminalkommissar meines Reviers, bei dem ich mich erkundigte, folgendes:

Am Grabe des toten Mädchens sei ein gänzlich ausgehungertes Mensch im Alter von 25 Jahren festgenommen worden. Dieser habe angegeben, daß er aus Süddeutschland stamme und mit seiner Braut nach Berlin gekommen sei, um Arbeit zu suchen. Als ihnen das Geld ausgegangen sei, hätten sie viel gehungert und meist an der Peripherie der Stadt in Paris und in Wäldern geschlafen. Der Gesundheitszustand der lungenleidenden Maria habe in dieser Zeit rapid nachgelassen. In ein Krankenhaus habe das Mädchen nicht wollen. Sie habe immer gesagt: „Wenn ich da hineingerate, komme ich lebend nicht wieder heraus.“ Schließlich habe sie kaum mehr

Drei Stunden Rauschgiftkonsultation

Aus dem Sammelbecken seelischer Großstadtnot.

Die Großstadt ist ein Sammelbecken seelischer Not jeder Art. Eine der höchsten Errungenschaften der neuen Zeit sind die unentgeltlichen Bezirkskonsultationen. Hier findet wenigstens ein Teil dieser Not Abhilfe, werden die schlimmsten Konflikte eingereicht. Sie sind wie ein Sicherheitsventil, wie ein Abfuhrkanal. Unter den Konsultationen sind die für Rauschgiftsucht vielleicht die wichtigsten. Die Trunksucht des Mannes ruiniert das Familienleben, bringt Leid und Elend ins Haus, untergräbt die Gesundheit des Ernährers; die Kokain- und Morphinumsucht fordert immer mehr Opfer. Drei Stunden Rauschgiftkonsultation gewähren tiefen Einblick in das Martyrium seelischer Großstadtnot.

Vom Arbeiter-Absinentenbund geschickt.

Ein 33jähriger — man könnte ihm 40 geben — erscheint im Sprechzimmer des Arztes. Körper und Zunge in ständiger Bewegung. Er hat heute schon eine Menge hinuntergeschluckt. „Der Geist ist willig“, meint er, „das Fleisch ist schwach. Was, zehn Rollen? Nein, das reicht nicht. Schnaps kommt nicht über meine Lippen, nur halbe Liter. Bin wieder mit Brauereikollegen zusammengekommen. Was soll man machen? Aber, Herr Doktor, nach Wittena u in die geschlossene Anstalt gehe ich nicht mehr — um nichts in der Welt. Nur in eine offene Anstalt. Die Sachen? Die habe ich schon fast alle ausgelöst.“ So nach und nach erzählt man sein Lebensgang. „Ich war ja Seemann“, erzählt er, „habe eine schwere Jugend gehabt. Will auch gar nichts verheimlichen: verschiedene Strafen, dreimal in Tegele, fünf Jahre Fremdenlegion; hatte zu schlechte Eltern. Vater war notorischer Säuer. Großvater war er. 12 Schiffe hat er gehabt. Meine Mutter lebt in Moabit, hat sie zugrunde gerichtet. Also, Herr Doktor, Sie kriegen mir nicht mehr in die geschlossene Anstalt, unter die Berrüste gehe ich nicht.“ Der Arzt beruhigt ihn, er soll in eine offene Anstalt. Der Mann erschien etwa vor einem Monat, vom Verband sozialistischer Absinenten hingeführt, mit seiner Frau in der Konsultation. Er hatte sämtliche Möbel verdrunken. Es war nicht leicht, das Vater Pfandscheine, das er stets bei sich trug, herauszubekommen. Er ist ungelernter Arbeiter, war in der letzten Zeit beschäftigungslos, begnügt aus Verzweiflung zu trinken. „Habe ich das erste Glas im Magen“, sagt er, „so geht es unaufhaltsam weiter. Ich traue mir schon zu arbeiten. Täglich schlepp ich jetzt Kösten mit 46 Steinen auf meinem Rücken. Gucken Sie mal, was ich für abgeschundene Stellen habe. Hier, schauen Sie nur“, er entblößt seinen Rücken. Man sieht tatsächlich eingedrückte, fast wunde Stellen. Der Arzt ermahnt ihn, sich 6 bis 8 Wochen zu halten, bis er verheilt wird, solange muß es dauern. Seine Frau denkt an Scheidung. Sie arbeitet, der Mann bedroht sie des öfteren, ohrfeigt sie.

Chefrien wieder hergestellt.

Eine Frau sucht beim Arzt Rat. Ihr Mann vertritt die ganze Unterführung, versteht die Sachen. Sie ist der Verzweiflung nahe, jammert um Rettung. Man möchte ihren Mann laden, doch ihm nur ja nicht folgen, daß sie hier gewesen sei. Der Mann kommt total betrunken in die Sprechstunde, wird ermahnt und weggeschickt. Die Frau erscheint zum zweiten Male: es sei noch schlimmer geworden. Früher trank der Mann nicht. Er hatte ein Fuhrgeschäft. 1917 verkaufte er es, wurde Chauffeur und Gelegenheitsstricker. Im August 1929 übernahm er unvorsichtigerweise ein dreijähriges Auto. Seitdem ist er vollkommen haltlos, fetten nähern, gewalttätig. Das Gericht hat ihn wegen fahrlässiger Föhung zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Der Führerschein ist ihm entzogen worden. Im Trunk ist er unerträglich gänzlich. Die Alkoholikonsultation nimmt sich des Mannes an. Es gelingt, ihn als Mitglied eines Kaufmann-Vereins zu gewinnen. Die Berufsberatung erklärt sich bereit, unter der Bedingung, daß er sich einer Alkoholikonsultation unterwirft, die Strafvollstreckung auszusuchen. Die Maßnahmen haben guten Erfolg. Mann und Frau kommen gemeinsam in die Sprechstunde. Sie leben in gutem Einvernehmen.

Der elterlose 20jährige.

Ein zwanzigjähriger Former, von Aussehen viel jünger, sucht Rat. Früh die Eltern verloren, keine Angehörigen. Unüberwindbares Einsamkeitsgefühl hat ihn zum Kneipenbesuch verlockt. Alle Versuche, dagegen anzukämpfen, blieben erfolglos. Er schloß sich des Kneipenbesuchs, kann jedoch daran nichts ändern. Ist Sportvereinen beigetreten, auch das half nichts. Insbesondere an Freitagen ist er voll Unruhe. Am schlimmsten sind aber die Sonntage. Nach dem Trunk ist er aufgeregter. Er merkt, die Arbeitskraft läßt nach. Er liest gern, besucht die Bibliothek, die offenen Abende der Jugendlichen — alles vergeblich. Der Arzt ermahnt ihn, händigt ihm eine Broschüre ein. Ein Pfleger besucht ihn in regelmäßigen Abständen, findet ihn leicht angetrunken. Vier Monate nach dem ersten Besuch erscheint der junge Mensch in der Konsultation, ruhig, freundlich, offenerzig. Er lebt mäßig, wenn auch nicht ganz abstinente, ist noch immer arbeitstüchtig, macht im ganzen einen guten Eindruck. Die Hauskontrolle wird aufrechterhalten.

Eine verzweifelte Ehefrau.

Eine Frau will den Arzt sprechen: wegen ihres Mannes. Alle im Hause halten ihn für verrückt. Nach der letzten Verlobung ist es besser gegangen, jetzt ist es wieder nicht zum Ertragen: er schimpft, bracht, flucht: die Jungens hielten es mit der Mutter, er habe im Hause nichts mehr zu sagen. „Was will er von den Kindern, die arbeiten doch?“ Gebräutet in Gegenwart Fremder unmögliche Redensarten, nimmt die Tageskasse mit und vertinkt sie. „Ich habe einfach Angst, ich kann nicht mehr mit ihm zusammen leben.“ Der Arzt beruhigt die Frau: „Sie müssen es mit Güte versuchen. Sie wissen, es hängt doch viel davon ab, wie die Frau zum Manne ist. Sie haben ja großen Einfluß auf ihn. Sagen Sie nicht selbst, er sei seit der letzten Ladung besser geworden? Lassen Sie ihn mal wieder zu mir kommen. Ich werde mit ihm sprechen.“ Die Frau verspricht dem Arzt einigermassen beruhigt.

Der unheilbare Morphinist.

An einem Stod humpelt ein Mann ins Sprechzimmer, der trotz seines jungen Gesichts den Eindruck eines Greises macht. Schwere Morphinist. Hat fünf, sechs Entziehungskuren hinter sich. Spricht aber immer noch. Die Beine voller Abgüsse. In diese Konsultation kommt er zum erstenmal, erzählt seine Lebensgeschichte. Konsultation der Medizin, wurde er im Kriege verwundet, kam ins Lazarett, erhielt hier gleich anderen Kranken von den katholischen Schwestern, die regelmäßig zur Messe mußten, täglich vier bis fünf Spritzen Morphinium, damit unterbes in den Krankenbetten Ruhe herrschte. In Berlin wiederholte sich das Spiel. So wurde er Mor-

phinist. Er ließ das Studium links liegen, als Kaufmann verdiente er mehr. Als er im Jahre 1919 den ersten ernsthaften Versuch unternahm, die Examina zu machen, fiel er glatt durch: das Morphinium hatte schon lange in ihm gewirkt. Augenblicklich befindet er sich in Behandlung, erhält nicht mehr als sechs Spritzen pro Tag, möchte aber endgültig Schluß machen. Sobald er gesund ist, könnte er eine Stellung bekommen, die Mutter steht deswegen mit einem Bekannten in Verhandlung. „Herr Doktor“, fragt er, „wird aber die Entziehungskur nicht wieder so schrecklich qualvoll werden wie das letzte Mal?“ Der Arzt beruhigt ihn. Von 180 Entziehungskuren, die in diesem Krankenhaus vorgenommen wurden, dürften 170 nicht schlimm gewesen sein. Die Hauptsache ist, daß ein Bett frei wird. Sobald es frei ist, soll der Patient benachrichtigt werden.

Frau und Sohn aus der Wohnung ausgesperrt.

Ein Drogist, Auch dieser wurde während seiner Militärzeit Morphinist. Eine Entziehungskur hatte Erfolg. Familienerwärmisse führten zum Rückfall. Der Versuch einer neuen Entziehungskur zu Hause blieb ergebnislos. Wiederholt beging der Kranke Selbstmordversuche. Er gebraucht noch immer Luminal. Der Arzt hat ihn zu sich geladen, weil seine Frau sich bitter über ihn beklagt. Er hat sie und den Sohn aus der Wohnung ausgesperrt. Der Mann spricht ohne Unterlaß, kommt vom Hunderten ins Tausendste, erzählt sich an seiner Erzählung: „Ich hatte keinen Grund zum Kommen“, sagt er, „wollte mich aber vor Ihnen rechtfertigen. Sie wissen doch, wie meine Frau mich ausgesperrt hat. Ich habe gebittet, daß sie mich in die Wohnung läßt. Ich hatte doch auch zu bestimmen. Und mein Sohn hat mir meine goldene Uhr gestohlen. Jetzt habe ich Wohnung.“ So geht es ununterbrochen weiter. Der Arzt hat seine Mühe, ihm gut zuzureden. Der Mann will aber nichts hören. Die Zahl der Fälle könnte beliebig vermehrt werden.

Die Hauptsache ist stets die Verschickung in die offene Anstalt. Nur hier sind die Alkoholiker zu halten, hier finden sie Gefelligkeit und Anlenkung von sich selbst, hier wird man auch der Psychologie der Trunksüchtigen gerecht. Die Verschickung wird aber seit den städtischen Sparmaßnahmen immer schwieriger. Wohl ist es möglich, den Patienten ins Krankenhaus zu stecken, insbesondere in die Trinkerabteilung der Irrenanstalt. In der Regel ist es zwecklos. Die Sparmaßnahmen treffen auch die Helfer. Diese üben ihre Tätigkeit freiwillig aus und bekommen dafür eine geringe Entschädigung von 30 M. monatlich. Ohne Helfer ist die Arbeit mitunter fast unmöglich. Eine Hauskontrolle, die Feststellung der häuslichen Verhältnisse, ist unbedingt notwendig. Aber allein schon die Sprechstunde tut oft Wunder. Manchmal genügt der bloße Appell an die Gesundheit. In der Regel ist es die Frau, die mit ihren Klagen kommt, der Mann darf von dem Besuch nur ja nichts erfahren, sonst verprügelt er sie oder schlägt sie gar tot. Mitunter werden die Patienten auch vom Jugend- oder Rettungsausschick geschickt. Früher Ermahnung nichts oder sind die Folgen der Trunksucht schon zu weit vorgeschritten, so bleibt nichts übrig, als den Mann in die geschlossene Anstalt zu schicken. Nicht selten muß ihm auch das Fürsorgerecht entzogen und in schlimmsten Fällen die Entmündigung vorgenommen werden. Wenn es möglich ist, wird die Rente gesperrt, damit nicht alles verdrunken wird, oder der Lohn von der Arbeitsstelle wird der Frau übergeben. Bei Gerichtsverfahren ist nicht selten die gerichtliche Aufsicht von großem Nutzen, sich der Trinkerfürsorge zu unterstellen.

Rauschgiftkonsultation und Trinkerfürsorge verhindern auch so manches Alkoholverbrechen; sie bedeuten eine Erparnis an Volksgeld, Volksermögen, am seelischen Wohl der nächsten Angehörigen und an physischer Unversehrtheit der Mitmenschen. Sparmaßnahmen an den Konsultationen sind falsch angebracht.

Achtung, Studenten!

„Das Deutsche Studentenwerk wird in Zukunft die Entscheidung über Aufnahmen in die Studienstiftung des deutschen Volkes nicht mehr, wie bisher üblich, im Frühjahr und Herbst, sondern nur noch einmal jährlich treffen, und zwar jeweils zu Anfang Januar. Diese Maßnahme hat sich besonders deshalb als notwendig erwiesen, weil eine Entscheidung im März, unmittelbar vor Studienbeginn, bei der gegenwärtigen Lage auf dem Arbeitsmarkt solchen Abiturienten, deren Besuche nicht berücksichtigt werden können, eine anderweitige Berufswahl erschwert. Der einzige Termin für die Einreichung von Gesuchen (Studenten und Abiturienten) ist jetzt der 15. August jeden Jahres. Lediglich den Schulen, die Frühkuren (Juli-August) haben, ist Frist bis zum 1. Oktober gelassen.“

Eine Rassehund-Ausstellung der Delegierten-Kommission (D.C. gegr. 1879) findet am 16. August 1931 zu Berlin im Landesausstellungspark, Al-Moabit 4/10, statt. Neben den üblichen Ausstellungspreisen werden die Klubpreise und Reichspriestitel (Championate) vergeben. Reinrassige Hunde, die bisher in einem Hundestammbuch nicht eingetragen sind, können in der Begutachtungsklasse gemeldet werden. Nach Beurteilung der ersten durch anerkannte Richter erfolgt auf Antrag Eintragung in das seit 1879 von der D.C. ununterbrochen geführte, jährlich erscheinende und allein anerkannte Deutsche Hundestammbuch. Für die Aussteller stehen neben den üblichen Geldpreisen der Ehrenpreis des Herrn Reichspräsidenten, zahlreiche Preise der Freistaaten, Ministerien, Landwirtschaftskammern, Städte- und viele wertvolle Ehrenpreise zur Verfügung. Programme und Meldebögen durch Paul Elgner, Berlin-Niederschönhausen, Kaiserweg 13, Fernruf D 8 Pantow 3330. Meldefrist ist der 9. August.

Billiche Ferienfahrt mit dem „Baldur“. Der Bezirksausschick der Arbeiterwohlfahrt, Bezirk Brandenburg, veranstaltet in der Woche vom 3. bis 8. August 1931 eine Ferienfahrt mit dem Motorabenteurer „Baldur“ nach Magdeburg, Tangermünde, Havelberg, Rathenow. Das Programm der Fahrt ist wie folgt: 1. Tag: Abfahrt Spandau 10 Uhr, Havel, Sakram-Boreger Kanal, Brandenburg, Plauer See bis Genthin. 2. Tag: Bei Schleuse Baren in die Elbe, aufwärts bis Magdeburg. 3. Tag: Elbe abwärts bis Tangermünde. 4. Tag: Havelberg und Rathenow. 5. Tag: Brandenburg. 6. Tag: Rückfahrt nach Spandau. Der Preis der „Baldur“-Fahrt beträgt für Kinder 14 Mark, für Erwachsene 17 Mark, einschließlich Logis und Teilverpflegung, morgens Kaffee ohne Zubrot, Mittagessen, abends Kaffee oder Kaffee ohne Zubrot. Anmeldungen sind zu richten an Otto Lüdt, Arbeiterwohlfahrt, Brandenburg, Berlin SW 65, Lindenstr. 3, 1. Hof 2 Treppen.

Berthes-Betrieb in Gotha stillgelegt. Die Friedrich Andreas Berthes A.-G., Stuttgart, hat ihre Buch- und Steinbruckeri in Gotha stillgelegt. Das Unternehmen, das insbesondere durch seine Alantien berühmt geworden ist, wurde im Jahre 1796 als Verlagshandlung Friedrich Berthes gegründet.



In einem großen Teil Deutschlands trat am Mittwoch eine Besserung des Wetters ein, allerdings blieb es weiterhin verhältnismäßig kühl. Nur im Norden des Reiches war es vielfach trübe und es kam dort auch zu Regenfällen. Zur Zeit geht anhaltender kräftiger Druck aus England und Frankreich vor sich. Dadurch wird bald eine wärmere und trockenere Luftströmung nach unserem Bezirk einleiten, so daß wir für die nächsten beiden Tage wieder mit Erwärmung und Aufhellung rechnen dürfen.

Wetterausblick für Berlin. Wieder wärmer, noch vielfach wollig, südwestliche Winde. — Für Deutschland, überall wärmeres und freundlicheres Wetter. In der südlichen Hälfte Deutschlands meist heiter; im Norden noch vielfach bewölkt, aber Aufhören der Niederschläge.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Die Mitgliedbücher der Genossen Hermann Doffsch, Steglitz, und Adolf Heinze, Berlin, Eldendorferstraße 17, sind verloren gegangen. — Sollten diese Bücher irgendwem als Ausweis benutzt werden, dann sind sie anzuhalten und an das Büro einzuliefern. J. K. Ufer Pagels.

Beginn aller Veranstaltungen 19 1/2 Uhr, sofern keine besondere Zeitangabe!

- Freitag, 24. Juli:
- 13. Abt. Material bei Bauhof, Freidenkstr. 88, abholen. Alle Bezirke müssen erscheinen.
 - 14. Abt. 20 Uhr erweitertes Sachbuch mit Sozialistischer und Arbeiterin der Kommunisten, Berliner Str. 100.
 - 15. Abt. Montagskurse müssen bis Freitag gelistet werden.
 - 16. Abt. Die Mitglieder treffen sich am Samstag, dem 25. Juli, 7 1/2 Uhr, am Reichsbahnbahnhof zum gemeinsamen Ausflug nach Hebertshagen.
 - 17. Abt. Montag, 27. Juli, Sitzung des erweiterten Kreisvorstandes in aller Befugung.
- Frauenveranstaltung.
- 18. Abt. Freitag, 24. Juli, Fahrt mit gemietetem Omnibus nach Sigtola, Abfahrt pünktlich 9 Uhr Friedrichshagen, Müggelseepark.
- Bezirksausschick für Arbeiterwohlfahrt.
- 19. Kreis Pantow, Freitag, 24. Juli, pünktlich 14 Uhr, Treffpunkt der Teilnehmer zur Besichtigung des Stralitzkanals, Regal, Bahnhof Pantow-Tschelch. Abfahrt Treffpunkt 15 Uhr, Haltepunkt Tegel, Gefängnis.
 - 20. Abt. Montag, 27. Juli, 19 1/2 Uhr, Sitzung der Arbeiterwohlfahrt Lindauer Straße, Barock.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

18. Abt. Unter 2. Abteilungsleiter, der Genosse Kurt Palla, ist im Fach Brandach verstorben. Erbe seinem Väterchen. Trauerfeier Sonnabend, 25. Juli, 16 1/2 Uhr, Krematorium Baumhulsenweg. Rige Beteiligung ist erwünscht.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Veranstaltungen für diese Rubrik nur an das Jugendsekretariat, Berlin SW 65, Lindenstraße 3

Bezirksleiter (Flughäfen und Sachgebiet für die Ausstellungen am 20. Juli, Arbeiterjugend und Rache) können am Freitag im Sekretariat abgeholt werden.

Heute, Donnerstag, 23. Juli:

Korben: Borhing, Ecke Straußstraße, zehn-Minuten-Referat. — Straußmaler Weg 11; Röhrenberger Str. 16, Arbeitergemeinschaft. — Köpenick: U-Tanzler Str. 2, Ruffel und Arbeiterbildung. — Prenzlauer Vorstadt: Berliner Junger. — Schöneberg: Vorstadt; Sonnenburger Str. 3. Das Recht auf den eigenen Körper. — Adressbuch II (R. 7); Programm, 1. Das Wohl der Partei. — Ruppiner Viertel; Wagnersstr. 128. Unsere Stellung zum Reichsbanner. — Ruppiner Vorstadt; Ruppiner Str. 7. Arbeitergemeinschaft. — Schöneberg III; Hauptstr. 15, Untere Arbeit. — Westend: Georgplatz Westend, Barock SW 7.

Bezirksleiter Pantow: Freitag, 24. Juli, im Schloss Schönhausen, Nieder-Tschelchhausen, Lindenstr. 11, Aushebung: „Für sozialistischen Aufbau.“ — Ost-Tschelchhausen und Arbeiterjugend.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“

Gesellschaftsleiter: Berlin S 14, Seebahnstr. 57-58, Hof 2, 2. Etage, Donnerstag, 23. Juli, Meeting (Ostpreußen). In der Mitgliedsversammlung in der Hochschule (Kunstmuseum) referiert außer Ministerialrat Hans Gieseler der Kamerad Rechtsanwalt Dr. Riee. — Freitag, 24. Juli, Eldendorfer, Kameradschaften (Guthaus Tempel, Bogenhof, Rummelsburg, 20 Uhr Mitgliedsversammlung, Kameradschaft Friedrichshagen, Kameradschaft Versammlung mit Vortrag. — Sonntag, 26. Juli, Wilmersdorf (Ostpreußen), Kampfschule nach den Bildern Bergin, Halbespreis 1,00 M., Kinder 0,60 M., Abfahrt 7 1/2 Uhr Charlottenburg, Hauptstr. 15, nahe Wilhelmplatz. Kameraden anderer Kameradschaften willkommen.

Arbeiter-Absinenten-Bund, Bezirksgruppe Friedrichshagen, Donnerstag, 23. Juli, 20 Uhr, Jugendheim Völkermenschen, 5 (mehrfache Schule), Gieselerstr. 128, Referat: Genosse Ruppel, Halle willkommen.

Reichsbanner-Diskussion 1932, Der Lehrgang in dieser Woche ist am 24. Freitag, dem 24. Juli, 20 Uhr, in den Kaminhallen, Berlin SW 65, Bremer Str. 73-75, Generalprobe zum Rundfunkkonzert am 25. Juli stattfindet. Halle willkommen.

Zigaretten-Versteigerung? Es herrscht starkes Bedürfnis der Raucher nach der beliebten „Abdulla Standard-Zigarette“. Es werden Anforderungen der letzten Zeit haben zwanzigtausend Zigaretten (einfach) gekauft, bis trotz der Einleitung einer großen Anzahl geschulter Fachleute leider nur langsam werden können. Die Firma Abdulla will getreu ihrer Politik (besonders die die Raucher) die Raucher der Abdulla Standard-Zigarette nicht überlassen, sondern im Interesse der Raucher nur die bekannte einflussreiche Qualität zu gewährleisten.

Ein Mitstreiter Bebels.

Dem Andenken Ignaz Jodels.

Von Eduard Bernstein.

Vorgestern wurde von Sozialisten Berlins ein Mann von nicht gewöhnlicher Begabung nach einer jener Stätten geleitet, von denen es keine Rückkehr ins Leben gibt. Ignaz Jodel, als Mensch nicht weniger bedeutend wie als Mann der Wissenschaft, war denen, die ihn liebten, durch tödliche Erkrankung eines inneren Organs geraubt worden. Sein Tod bedeutete und bedeutet noch für uns einen ungemein bedrückenden Verlust. Wir hatten ihn allesamt im höchsten Grade als den Mann unseres besonderen Vertrauens geschätzt. Wir wußten, über welche ungewöhnliche Fülle von Wissen er gebot, aber wir wußten zugleich, wie frei er in Ausübung seines Berufes von selbst der geringsten Anwendung von Beiseiteziehung kritischer Erwägungen war. In ihm steckte nichts von Bedanterie, aber er empfand doch zu warm, um Fragen des Wohls von Patienten anders als mit der größten Gewissenhaftigkeit zu behandeln. Und unmöglich war es ihm, bei Erörterung sozialer oder sozialpolitischer Probleme Rücksichten außer acht zu lassen, welche die im sozialdemokratischen Programm niedergelegten Grundsätze vorschrieben.

Schon in jungen Jahren der Sozialdemokratie beigetreten, war und blieb Ignaz Jodel sein ganzes Leben lang Sozialdemokrat von Leib und Seele. Es ist nicht nur einmal geschehen, daß in kritischen Situationen der Partei Ignaz für sie bedingungslos seine Existenz aufs Spiel setzte. Ich darf daran erinnern, daß, als um 1878 das Bismarcksche Ausnahmegesetz über die Sozialdemokratie geschaffen und mit größter Rücksichtslosigkeit in die Praxis umgesetzt wurde, Ignaz Jodel mit einer Energie und Selbstlosigkeit wie kein zweiter daran gearbeitet hat, die Partei vor der Zerlegung in unorganisierte Gruppen mangelhaft ausgebildeter Elemente zu bewahren. Auch nachher gehörte er konsequent jenen Mitgliedern der Partei an, die es sich zur Aufgabe machten, in gewissen Zeiträumen unter der Hand zu dem Zweck zusammenzukommen, im geheimen die Wiederherstellung der Organisation der Partei zu betreiben. Zu diesem Zweck hat er dem auch versucht, mit August Bebel in engeren persönlichen Verkehr zu kommen, und selbstverständlich habe ich seine entsprechenden Schritte damals freudig unterstützt und kann mit Genugtuung feststellen, daß er von Bebel nur die größte Ermunterung und Förderung seines Wertes erfahren hat.

Nicht nur Rücksichten auf das persönliche Verdienst um die Partei lassen es angezeigt erscheinen, diese wertvolle Betätigung Ignaz Jodels dem Gedächtnis der später Kommenden zu überliefern, es liegt im lebhaftesten Interesse der Partei selbst, daß diese Handlungen unergessen bleiben und von den Nachkommenen als leuchtendes Vorbild gewürdigt und nachgeahmt werden.

Arbeitsbeschaffung in Preußen.

Bau und Erhaltung von Kleinbahnen.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat das preussische Staatsministerium dem preussischen Staatsrat den Entwurf eines Gesetzes über die Bereitstellung von Mitteln zur weiteren Förderung des Baues und zur Erhaltung von Kleinbahnen zur gutachtlichen Auserkung zugeleitet. Durch das Gesetz wird das Staatsministerium ermächtigt, zur Förderung der Erhaltung und zur Erhaltung von Kleinbahnen 1,5 Millionen Mark zu verwenden. Aus diesem Fonds sollen vorzugsweise notleidenden Kleinbahnen, bei denen der preussische Staat bereits als Geldgeber oder Gesellschafter beteiligt ist, zur Durchführung der zur Erhaltung der Betriebssfähigkeit erforderlichen Maßnahmen, insbesondere zur Instandsetzung des Bahnhofsgebäudes oder zur Beschaffung von Betriebsmaterial (Lokomotiven, Wagen) Beihilfen unter der Voraussetzung gewährt werden, daß die übrigen Geldgeber oder Gesellschafter mindestens gleich hohe Beträge zuführen. Ueber die Verwendung dieses Fonds soll dem Landtag Rechnung abgelegt werden. Das Gesetz sieht eine Ermächtigung für den Finanzminister vor, die bewilligten Mittel im Wege des Kredits zu beschaffen.

In der Begründung zu diesem Gesetzentwurf wird ausgeführt, daß die durch Gesetz vom 17. Juli 1930 zur weiteren Förderung des Baues und zur Erhaltung von Kleinbahnen bereitgestellten Mittel von 1,5 Millionen Mark nahezu aufgebraucht sind; über einen kleinen Rest ist bereits verfügt worden. Der Bedarf für die weiterhin angeordneten Anträge beziffert sich auf über 16 Millionen Mark. Bei der gespannten Finanzlage des preussischen Staates ist es nur möglich, zur Wiederauffüllung des Fonds einen kleineren Betrag, und zwar ebenfalls wieder 1,5 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen. Für die Verwendung dieser Mittel wird nach Lage der Sache im wesentlichen nur eine Erneuerung von Kleinbahnhäusern in Frage kommen, wobei in erster Linie auf den Osten und auf die Verhütung von Störungen unbedingt verkehrsnotwendiger Kleinbahnen Bedacht zu nehmen sein wird.

Schwere Unruhen in Sevilla.

Telephonzentrale in Brand gesteckt.

Madrid, 22. Juli. (Eigener Bericht.)

In der Umgebung von Sevilla kam es in der Nacht zum Mittwoch wiederholt zu Ausschreitungen von Syndikalisten. In Corta del Rio verhinderte die Stollgarde einen Sturm auf das in Brand gesteckte Telephongebäude. Drei Personen wurden getötet, zahlreiche schwer verletzt. In Dos Hermanas wurden etwa 20 Personen, in Carmona 15 Personen verwundet. In Utrera wurde ein deutscher Kommunist verhaftet.

Sevilla, 22. Juli.

Zwischen Syndikalisten, die sich auf Terrassen und Balkonen in der Stadt aufgestellt hatten, und Genarmee- und Polizeimannschaften kam es zweimal zu einem Feuergefecht. Zwei Personen wurden dabei getötet und acht verletzt. Die Syndikalisten nahmen ihre Verwundeten mit sich fort. Etwa 50 Personen wurden verhaftet, eine Maschinenwaffenabteilung stellte die Ordnung wieder her.

Reichswehr schützt Nazis.

Der Potsdamer Polizeipräsident teilt uns berichtend mit: „Die in Nr. 334 des 'Vorwärts' vom 20. Juli 1931 unter der Überschrift 'Reichswehr schützt Nazis' bezüglich eines gewissen in die Schlägerei verwickelten Papenfuß aus Potsdam ausgesprochene Behauptung: 'Vor ungefähr einem halben Jahre erhielt er wegen nationalsozialistischer Betätigung durch den Potsdamer Schupo-Kommandeur den Posten...' ist unzutreffend.

Zutreffend ist vielmehr, daß Papenfuß am 1. September 1930 nach einer Gesamtdienstzeit von nur 11 Monaten als Polizeiwachmeister aus dem Dienste der Potsdamer Schupo-Polizei aus Gründen, die auf einem ganzlich anderen Gebiet liegen, entlassen worden ist."

Der wackere Helfer.



„Hurra, es geht weiter — es schiebt einer von hinten!“

Die Reichsbank muß handeln.

Wirtschaftslähmung — Kredite sind nötig — Mehr Zahlungsmittel und Diskonterhöhung.

Durch die Auswirkung der Bankfeiertage und die ungenügenden Bankauszahlungen wird die Wirtschaft allmählich in lebensgefährlicher Weise gelähmt. Die Ursache liegt in den ungenügenden Krediten, die die Reichsbank zur Verfügung stellt. Das Loch, das die Abziehung der Auslandskredite und Devisen gerissen hat, muß ausgefüllt werden. Die Reichsbankleitung beweist auch jetzt wenig Entschlußkraft. Die 'Frankfurter Zeitung' veröffentlicht unter dem Ueberschrift 'Die bürokratische Reichsbank. Wie lange wird sie noch zögern?', folgenden scharfen öffentlichen Appell an die Reichsbankleitung:

„Die Hoffnung, daß in London ein Kredit zustande kommt, besteht noch fort. Offenbar hat jedoch die Aussicht auf diesen Kredit die Aktionskraft der Reichsbank erneut gelähmt. Denn sie zögert immer noch, diejenigen Maßnahmen zu ergreifen, die — mit oder ohne Kredit — unerlässlich geworden sind und keinen Aufschub mehr dulden, wenn nicht ungezählte Zusammenbrüche in ganz kurzer Zeit eintreten sollen. Schon tauchen neue Notgeldprojekte auf (Provinz Schleswig-Holstein), und das alte Rentenmarkprojekt wird von Landwirtschaftskammern angefochten der herrschenden Geldnot wieder neu aufgewärmt. Will die Reichsbank auf die Führung verzichten?“

Die Notenbank ist mit ihrer Diskonterhöhung am 15. Juli auf halbem Wege geblieben. Sie hat zwar den Diskont — einstweilen in ungenügendem Umfange — heraufgesetzt, sie hat aber ihre Konjunkturpolitik bisher kaum gelockert und weigert sich, diejenige Erhöhung des Geldumlaufs vorzunehmen, die notwendig ist, um alsbald den vollen Zahlungsverkehr wieder herzustellen. Man behilft sich mit Halb- und Viertelbankfeiertagen, aber selbst der beschränkte Zahlungsverkehr erweist sich von Tag zu Tag als schwieriger durchführbar, weil die Reichsbank sich als Kreditquelle verweigert.

Kouerdings hat es den Anschein, als ob nach den früheren verfehlten währungsrechtlichen Bedenken und nach dem überängstlichen Festhalten an der Normabdeckung, das die Reichsbank anfangs an der ausreichenden Diskontierung hinderte, nunmehr das in diesem Moment für eine Notenbank nebenstehende Bedenken in den Vordergrund getreten ist, ob ausreichende Sicherheit für die von der Reichsbank zu gewährenden Kredite zu beschaffen ist. Die Reichsbank scheint sich bei der Hereinnahme von Wechseln, die die erforderlichen Unterschriften tragen, noch Bedenkenheiten in Gestalt reichsbanklombardfähiger Wertpapiere stellen zu lassen und damit die Banken wichtiger Kreditunterlagen zu berauben, die die Banken für

andere Zwecke dringend benötigen. Hier scheint das Sicherungsprinzip in der Tat auf die Spitze getrieben zu sein. Die Reichsbank verfährt offenbar (offenbar wie vor einer Woche bei ihrer Behandlung des Falles Danabank), daß alle Sicherheiten, die sie heute besitzt, ihr wenig nützen, wenn nicht so schnell wie möglich der gesamte Zahlungsverkehr wieder in Gang gebracht wird.

Vom Mittwoch, dem 22. Juli ab kann bei Wechseln, deren Fälligkeitstag zwischen dem 11. und dem 18. Juli 1931 liegt, wieder Protest erhoben werden. Fast scheint man befürchten zu müssen, daß die Reichsbank die in ihrem Bestande befindlichen fälligen Wechsel tatsächlich zu Protest gehen lassen will. In einigen Fällen mag die Erfüllung der Wechselverbindlichkeit möglich sein. In anderen ist sie angesichts der herrschenden Zahlungsbeschränkungen und Zahlungsstörungen bestimmt unmöglich. Das Gestrüpp von Notverordnungbestimmungen, in das sich Reichsbank und Regierung verfangen haben, wird von ihnen in der wirtschaftlichen Tragweite offenbar nicht voll übersehen. Zahlreiche Unternehmungen, die ihre Waren nicht bezogen bekommen, aber ihre eigenen Verbindlichkeiten erfüllen müssen, drohen in Schwierigkeiten zu geraten.

In Bank- und Industriekreisen ist die Einsicht in diese Zusammenhänge in den letzten Tagen zusehends gewachsen. Wir hören von vielen Seiten, daß man eine scharfe Diskonterteuerung unter Aufhebung der Zahlungsbeschränkungen nicht nur für das geringere Uebel, sondern für den einzig möglichen Ausweg hält. Warum zögert die Reichsbank? Soll ein bißchen mehr Silbergeld das Loch stopfen? Jahrhundertalte Erfahrung lehrt, wie Notenbanken sich in Zeiten wie den jetzigen verhalten müssen. Die Bank von Japan, die vor gar nicht langer Zeit eine ähnliche Krise überwinden mußte, rechnet es sich noch heute zur Ehre an, daß sie damals unter beliebiger Befriedigung des Zahlungsmittelbedarfs und ohne Rücksicht auf fiskalische Sicherheitsbedürfnisse die Krise überwinden half. Andere Leute meinen, daß die alten Regeln der Notenbankpolitik, deren tieferer Sinn ihnen meist verborgen bleibt, in heutiger Zeit nicht mehr anwendbar seien. Sie sind anwendbar. Es gibt, ob nun der Auslandskredit zustande kommt oder nicht, nur eine Möglichkeit, um — ohne jede Gefährdung der Währung — die jegliche für die Wirtschaft höchst gefährliche Zahlungsstörung zu überwinden.

Die 'Frankfurter Zeitung' schließt mit drei scharfen Forderungen: Schluß mit den Bankenmoralen, sofortige Ausgabe weiterer Kredite und Zahlungsmittel, gleichzeitig und entscheidend: Erhöhung des Reichsbankdiskonts.

Das „abhängige“ Oesterreich.

Der Rechtskampf um die Zollunion.

Den Haag, 22. Juli. (Eigener Bericht.)

Vor dem Haager internationalen Gerichtshof erklärte im Verfahren über die Zollunion der österreichische Vertreter Professor Dr. Kaufmann, daß die französische Auffassung, wonach der Vertrag von St. Germain die Unabhängigkeit Oesterreichs auf der Grundlage von 1919 garantierte, nicht gerechtfertigt sei. Oesterreich würde dadurch jeder Bewegungsfreiheit beraubt und in die Position eines Staates zweiten Ranges gebracht werden. Praktisch stehe dies auf die Vernichtung des Begriffes der Unabhängigkeit hinaus. Im übrigen habe Oesterreich keine anderen Verpflichtungen übernommen als die, welche in Artikel 88 des Vertrages von St. Germain niedergelegt seien.

Die französische Regierung hat dem Gerichtshof eine Denkschrift von 52 Seiten übermittelt, in der nachzuweisen versucht wird, daß die Zollunion im Widerspruch zu Artikel 88 des Vertrages von St. Germain stehe.

Volkshochschule und Arbeiterschaft.

Die noch immer umstrittene Frage des Verhältnisses der Arbeiterschaft zu den Abendvorkursen wird in der Juli-Knummer der 'Sozialistischen Bildung' in einem Artikel von R. Adams 'Volkshochschule und sozialistische Bildungsarbeit' einer eingehenden Prüfung unterzogen. Er schildert den Verlauf der vor kurzem in Bad Grund stattgefundenen Tagung für Arbeiterbildung und teilt die Beschlüsse mit, die die versammelten sozialistischen Volkshochschullehrer und Arbeiterbildner zur Frage der Volkshochschulen angenommen haben. Weiteres wichtiges Material für die sozialistische Bildungsarbeit enthält der Aufsatz von R.

Heilbut 'Neue Formen proletarischer Festkultur', in dem eingehend über die vom Reichsausschuß abgehaltene Arbeitswoche in Leipzig berichtet wird. Im Hinblick auf den internationalen Kongress in Wien ist der Aufsatz von D. Friedlaender 'Fünf Jahre Sozialistische Studenten-Internationale' von aktuellem Interesse. Die Vortragsabstufungen von J. Albert 'Der Reichsfreiherr vom Stein' bringt Material für die diesjährige Verfassungskonferenz, die betanntlich im Zeichen Steins abgehalten werden soll. Auch die Beilage 'Bücherwarte' bringt hierzu einschlägiges Material.

Aus der Beilage 'Sozialistische Erziehung' sei vor allem auf den Aufsatz von W. G. Dschilewsky 'Kunstlerziehung und schöpferische Gestaltungskräfte des Kindes' hingewiesen, in dem viel interessantes Material verarbeitet ist.

Die monatlich erscheinende 'Sozialistische Bildung' mit ihren Beilagen 'Bücherwarte' und 'Sozialistische Erziehung' ist zum Preis von 1,50 Mark für ein Vierteljahr durch die Post, die Buchhandlung Dieg, Lindenstraße 2, sowie durch alle 'Vorwärts'-Expeditionen zu beziehen. Einzelnummern kosten 75 Pfennig.

Die englisch-russischen Schuldverhandlungen haben, wie Unterstaatssekretär Dalton vom Foreign Office in Vertretung des Außenministers Henderson im Unterhaus mitteilte, bisher nur sehr geringe Fortschritte gemacht. Die Arbeiten seien über das Stadium eines bloßen Austausches von Informationen und Anregungen nicht hinausgekommen.

Auf den Gouverneur von Bombay, Sir John Hutton, wurde bei der Befichtigung eines Kollegs in Pune ein Revolvententat verübt. Ein Student feuerte aus geringer Entfernung zwei Schüsse auf den Gouverneur ab, der jedoch unversehrt davonkam. Der Student wurde übermüdet, ehe er weitere Schüsse abgeben konnte. In seinem Besitz wurden noch zwei geladene Revolver gefunden.

